EU2009.CZ

Wo wir leben
Was wir brauchen

8. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

15.-16. Mai 2009, Brüssel

Tschechische Präsidentschaft der Europäischen Union 2009-10-30

dt. Übersetzung – vor Korrektur und Layout, ohne TN-Liste
Version 091209, MM, Dez. 2009

Entwurf

Inhalt

Armut ist ….

Zusammenfassung

Die Europäischen Treffen, ein partizipativer Prozess

Wo wir leben

Beispiele

Wohnen

Basisdienstleistungen

Finanzielle Teilhabe

Eröffnungsplenum

Workshops

Wohnen

Basisdienstleistungen

Finanzielle Teilhabe

Botschaften aus den Workshops

Ein Dialog

Abschlussplenum

Ziele für 2010

Entwurf

Armut ist …

Vorschriften von Leuten zu bekommen, die niemandem Rechenschaft abgeben müssen, ignorant agieren und sich selber nicht an die Regeln halten; es bedeutet, dass auf deinen Menschenrechten herumgetrampelt wird.

Früher hatte ich ein Leben. Um Leben geht es, nicht ums Überleben.

In materieller Armut zu leben, bedeutet, dass sie unser Hier-und-Jetzt gestohlen haben. Und sie stehlen unsere Zukunft, indem sie uns von der wissensbasierten Gesellschaft abschneiden.

Die Miete für die Wohung ist gar nicht so teuer, aber alles andere kostet sehr viel.

Warum bekommen Menschen, die sich um Kühe und Schweine kümmern, Geld von der Europäische Union und jene, die für ihre abhängigen Familienmitglieder sorgen nicht?

Jedes Amt verlangt die gleiche Papiere. Immer wieder und immer wieder werden Kopien gemacht.

Wenn du keinen Zugang zu Bildung hat, hast du keine Wurzeln.

Es ist schwer darüber zu reden, aber als ich begann, mit anderen ins Gespräch zu kommen, spürte ich, dass ich mich nicht von ihnen unterscheide und schämte mich nicht mehr.

In Armut leben, bedeutet ständig unter Druck zu sein. Es reibt dich auf. Niemand hat mich auf ein Leben unter so harten Bedingungen vorbereitet.

Wir sind nicht länger einfach ein Kollateralschaden.

Ich habe ein regelmäßiges Einkommen, aber auch Berge von Schulden angehäuft. Wenn ich ein paar Monate arbeite, wird mein Lohn schon wieder gepfändet.

In einer schlechten Wohnung aufzuwachen, nimmt dir die Energie, auch nur irgendwas zu tun …

Es gibt wertvolle Arbeit; Arbeit die bezahlt und von der Gesellschaft anerkannt wird; und es gibt Arbeit, die nichts wert ist, z.B. wenn einer Familie in Schwierigkeiten geholfen wird.

Um deine Rechte einzufordern, musst du beweisen, dass du arm bist.

Menschen in der Sozialhilfe zu halten, bedeutet sie still zu halten.

Das Tor der Verzweiflung ist weit offen. Es braucht eine Mindestsicherung und Mindestlöhne.

Zusammenfassung

Wo wir leben

"Wo wir leben, was wir brauchen", war das Thema des diesjährigen Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen unter tschechischer Präsidentschaft, das in Untergruppen zu den Bereichen Wohnen, Basisdienstleistungenund finanzielle Teilhabe bearbeitet wurde.

Marian Hosek, Vizeminister für Sozial- und Familienpolitik der tschechischen Republik, betonte in seiner Eröffnungsrede die Tatsache, dass viele Menschen von finanzieller Ausgrenzung und unter ihnen am stärksten hoch überschuldete Personen betroffen seien. Als möglichen Lösungsansatz präsentierte er die Einführung finanzieller Allgemeinbildung in Schulen. Vizeminister Hosek betonte außerdem die Notwendigkeit von Zugang zu Wohnraum bzw. Mietbeihilfen, die oft von den Sozialämtern eines Landers als Sozialdienstleistung zur Verfügung gestellt werden. Diese müssten für alle in angemessener Qualität garantiert werden,
um Menschen in ihrer Eigenständigkeit zu unterstützen.
Eva Szarvak, die als Delegierte des siebten Europäischen Treffens sprach, betonte zunächst, dass die Finanzkrise alle Mitgliedsländer betreffe und die Zahl der von Armut betroffenen Famlien aufgrund von Job-, Wohnungs- und Einkommensverlust steigen werde. Frau Szarvak unterstrich die Bedeutung der Europäischen Treffen als "einziges Forum, wo die Probleme und Erfahrungen derer, die in Armut leben, gehört und verstanden werden". Darüberhinaus wies sie auf die Notwendigkeit einer gemeinsame Offensive gegen Armut hin.

Wir brauchen ... ein starkes soziales Europa

Die Delegierten des 8. Treffens brachten deutlich zum Ausdruck, dass sie 'mehr' Europa wollen. Dies jedoch nur, wenn es sich dabei um ein sozialeres Europea handele, das mit größerer BürgerInnennähe agiere und im Dialog mit diesen neue Gesellschaftsmodelle entwickle. Die Delegierten forderten mehr Transpanrenz bezüglich konkreter Aktivitäten auf EU–Ebene als Folge der Empfehlungen der jeweiligen Treffen. Derzeit wäre kaum sichtbar, dass die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung für die EU Priorität habe. In vielen Fällen, so wurde betont, würden die Auswirkungen der bzw. Reaktionen auf die Wirtschaftskrise unerträglichen Druck auf Menschen ausüben, die jetzt schon unter der Last von Armut und sozialer Ausgrenzung leiden.

Wohnen

Die Delegierten forderten die EU auf, sich aktiver für einen garantierten Zugang für alle zu würdiger und leistbarem Wohnraum einzusetzen. Sie begrüßten die Entscheidung des Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO), Wohnungslosigkeit und Fragen der Ausgrenzung vom Zugang zu Wohnraum zum thematischen Schwerpunkt der Offenen Methode der Koordinierung im Jahr 2009 zu machen.
Zu hoffen sei, dass daduch in allen Mitgliedsländern die notwendige Aufmerksamkeit auf den Mangel an Wohnraum und mangelden Zugang zu leistbaren Wohnbaum, der zunehmend Wohnugnlsosigkeit produziert, entstehe und diese Probleme angegangen werden.
Ergänzend brauche es konkrete und rasche Unterstützung für wohnungslose Frauen und Männer und Maßnahmen zur Verbesserung der schlechten Zustände jener Wohnungen und Häusern, die für Menschen mit niedrigem Einkommen erschwinglich sind.

Mit der Wahl des thematischen Schwerpunkt wird darüberhinaus die Hoffnung auf entsprechende politische Vorschläge und Maßnahmen für konkrete Veränderungen verbunden.

Die Delegierten betonten, dass sie dort, wo bereits Not bestehe "nicht länger warten können". Sie forderten die Umsetzung unverzüglicher Maßnahmen im Hinblick auf die dringendesten Wohnbedürfnisse, wie etwa die Aneignung leerstehender Häuser bzw. Regeln, die HausbesitzerInnen zur Vermietung leerstehender Objekte verpflichten. Die Tatsache, dass viele Gemeinden durch leerstehende Häuser zu Geisterstädten werden, sei ein Skandal. In der Folge würden auch Basisdienstleistungen nicht mehr angeboten und Menschen zur Abwanderung in städtische Gebiete gezwungen, was auch dort zu steigendem Druck auf das vorhandene Dienstleistungsangebot führe.

Besonders für MigrantInnen und Roma sind die Wohprobleme massiv und die TeilnehmerInnen zeigten sich vor allem von der in vielen Länder weiter nach wie vor gängigen Praxis von Zwangsräumungen schockiert. Den Betroffenen werden damit sogar die bestehenden schlechten Wohnmöglichkeiten genommen, ohne dass brauchbare Alternativen angeboten werden bzw. würden diese zwangsweise in segregierten Wohnvierteln mit minmalen Dienstleistungsangebot angesiedelt.

Die EU müsse auf diese Realitäten reagieren und für die Respektierung der Grundrechte durch alle Mitgliedsstaaten sorgen. Dabei müsse auch sicher gestellt werden, dass der soziale Wohnbau aller Länder ausgebaut und Strukturfondsmittel für diese Vorhaben zur Verfügung gestellt werden.

Basisdienstleistungen

Im Bereich Basisdienstleistungen wurde von den Delegierten die Anerkennung des Zugangs zu Energie als Grundrecht gefordert. Energie ist ein Grundbedürfnis, und öffentliche – nicht private – Versorgungsaufgabe. Nur so könnten leistbare und kontinuierliche Angebote für alle gewährleistet werden. Die Tatsache, dass das jüngste EU Energie- und Klimapaket Nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Energiearmut fordert, wurde begrüßt. Die Delegierten wollten jedoch wissen, auf welche Weise hier effektive Maßnahmen garantiert werden, um Probleme rund um hohe Energiepreise, niedrige Einkommen und mangelnde Energieeffizienz anzugehen und auf welche Weise NGOs und Menschen mit Armutserfahrungen in ein Monitoring dieses Prozesses eingebunden werden.

Gleichzeitig wurde auch die Bedeutung von Wasser als auch zukünftig öffentliches Gut betont. Ökologische Nachhaltigkeit im Bezug auf ihre Lebensumgebung wurde als wichtiges Anliegen deutlich gemacht, die Produktion alternativer Energien sei als Arbeitsplätze schaffender Sektor in den Blick zu nehmen. Alternative Energieerzeugung müsste jedoch in lokale politische Projekte eingebunden sein und Arbeitsplätze für die Menschen vor Ort, sowie Ausbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose schaffen. Auch in Bereich des Abfall-Recyclyings könnten in Kooperation mit Gemeinden und sozial-ökonomischen Unternehmen Jobmöglichkeiten entwickelt werden.

Um zu garantieren, dass Basisdienstleistungen tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, seien darüber hinaus ein effizientes und leistbares öffentliches Verkehrsnetz, lokale Angebote sozialer Dienstleistungen (wie etwa Kinderbetreuungsmöglichkeiten und kleine Gesundheitszentren), Zugang zu Informationen bezüglich bestehender Rechte und Dienstleistungsanbieter die die Meinung ihrer KlientInnen berücksichtigen, notwendig. Problematisiert wurde die Reduzierung von Dienstleistungsangeboten im ländlichen Bereich.

Die Delegierten forderten eine EU-weite Evaluierung der Folgewirkungen von Liberalierung und Privatisierung von Dienstleistungen im allgemeinen Interesse, inklusive sozialer Dienstleistungen, im Hinblick auf deren Qualität, Zugänglichkeit und Leistbarkeit. Die EU Energieverbrauchercharta sei von großer Bedeutung, müsse jedoch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene breiter veröffentlicht und bekannt gemacht werden und es gelte Schritte, hin zu verbindlichen EU-Richtlinien für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu setzen. Dies sei als Gegengewicht zu den Freiheiten des Marktes essentiell, um Grundrechte in diesem Bereich zu garantieren.

Finanzielle Teilhabe

Fragen finanzieller Teilhabe waren vielen Delegationen ein wichtiges Anliegen. Viel zu viele Familien und Individuen geraten in Überschuldung. Mangelnder Zugang zu Bankkonton und regulären Krediten zu günstigen Bedingungen verschärfen die Situation zusätzlich und treiben Menschen in die Hände von Geldverleihern, die oft exorbitante Zinsen verlangen. Um diese Probleme anzugehen ist ein allgemeines Recht auf ein Bankkonto notwendig. Auch ethische Sparformen (wie sie von Credit Unions angeboten werden) und Mikrokredite könnten gemeinsam mit finanzieller Allgemeinbildung zur Problemlösung beitragen.

Als wichtigste Forderung wurde jedoch von Seiten der Delegierten ein Blick auf die Gründe für Überschuldung genannt. In den meisten Fällen gehe es dabei um das Problem mangelden Einkommens, das nicht zur Deckung der Kosten für notwendige Güter und Dienstleistungen ausreiche. Ein notwendiger Lösungsansatz sei deshalb die Sicherstellung adäquater Mindesteinkommen in allen Ländern. Ein angemessenes Einkommen muss Menschen ein Leben in Würde und nicht nur das bloße Überleben ermöglichen. Mit Nachdruck wurde deshalb von der EU gefordert, die in der Empfehlung zur Aktiven Eingliederung beschriebenen Verpflichtungen – insbesondere jene zur Einführung adäquater Mindestsicherungssysteme - auch umzusetzen.
Die aktuelle Konsultation zur finanzieller Eingliederung wurde begrüßt und die Delegierten betonten dass die EU ein deutliches Zeichen zur Anerkennung von Finanzdienstleistungen als grundlegende Dienstleistungen von allgemeinem Interresse setzen müsse. Zudem sei durch eine EU-Rahmenrichtlinie das Recht auf ein leistbares Bankkonto und Kredite zu günstigen Konditionen zu garantieren.

Partizipation

Neben der Verabschiedung gemeinsamer Forderungen, tauschten sich die Delegierten auch über aktuelle Entwicklungen in ihren Ländern in den diskutierten Bereichen aus. Sie betonten die Forderung, als AkteurInnen an der Entwicklung und Umsetzung von Armutspolitiken beteiligt zu werden und die Notwendigkeit einer stärkeren Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie die Verfolgung der Auswirkung jeglicher politischer Maßnahmen hinsichtlich des Zugangs zu sozialen Rechten.

Das Europäische Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 müsse starke Wirkung zeigen und es gelte dabei, die Meinungen von Menschen mit Armutserfahrungen zu hören und ernst zu nehmen. Reale Fortschritte seien notwendig, damit "in Armut geboren zu werden" nicht "zur lebenslänglichen Strafe wird".

Lösungen liefern

Aus der Sicht von Vladimir Spidla, dem amtierenden EU-Kommisar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, gibt es keine Alternative zur Fortsetzung der bisherigen Anstrenungen im Hinblick auf mehr Chancengleichheit in Europa. Es gelte, so Spidla, die am stärksten gefährdeten Gruppen hier und heute zu unterstützen. Die

Ausgaben für Sozialschutz werden in den nächsten Monaten dramatisch zunehmen, der Preis den Menschen für die Krise zu zahlen hätten, sei noch nicht abzuschätzen. Es müsse jedoch jede erdenkliche Anstengung unternommen werden, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen..
Mindestsicherungsleistungen seien wichtig, aber nicht ausreichend. Sowohl der mangelnde Zugang zu Wohnraum als auch zu grundlegenden Bankdienstleistugnen stellen ein großes Problem dar. Dementsprechend müssten Schwerpunkte auf Fragen des Wohnens, der Ausbildung und der finanziellen Teilhabe gelegt werden.

Kommissar Spidla betonte darüber hinaus, dass Maßnahmen gegen Armut mit jenen zur Reduzierung der Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten Hand in Hand gehen müssten. 16% aller EuropäerInnen, jedoch 40% aller PolInnen, LettInnen und LitauerInnen leben unter schwierigen Bedingungen. Sozialpolitische Maßnahmen müssten zudem in allen Politikbereichen berücksichtigt werden.

Brigitte Weinandy, die als Verterin des Social Protection Committees SPC am Treffen teilnahm, zitierte zunächst Jerome Vignon, Direktor in der Generaldirektion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der Europäischen Kommission, der betont hatte, "dass die soziale Dimension Europas nicht alleine durch sozialpolitischen Maßnahmen" erreicht werden könne. Die sozialen Auswirkungen aller politischer Maßnahmen müssten deshalb überprüft werden.
Auf die von einigen Delegierten artikulierte Enttäuschung bezüglich fehlender Fortschritte bezugnehmend, erinnerte Brigitte Weinandy daran, dass das SPC in der Folge des siebten Europäischen Treffens Wohnen als Schwerpunktthema für 2009 wählte und die Mitgliedsländer aufgerufen sind, bis Juni 2009 über die in diesem Bereich getroffenen Maßnahmen zu berichten.
Bezüglich einer garantierten Mindestsicherung für alle Menschen in allen Ländern, verwies Weinandy auf die vom EU Rat im Dezember 2008 beschlossenenen Prinzipien der Aktiven Eingliederung, welche auch die Einführung von Mindestsicherungssystemen vorsehen, die ein Leben in Würde ermöglichen.

"Es geht langsam, aber sicher vorwärts, und es werden reale Anstrengungen unternommen, um die Empfehlungen dieser Treffen umzusetzen, aber das Problem ist natürlich, dass 'die Armen' nicht warten können" so Brigitte Weinandy.

Der Präsident des EAPN, Ludo Horemans, zeigte im Rahmen seiner Präsentation auf, wie die Empfehlungen des siebten Europäischen Treffens weiter verfolgt worden waren. Dabei bezog er sich vor allem auf die Empfehlungen und Prinzipien, die im Rahmen der Strategie der Aktiven Eingliederung verabschiedet wurden und auch eine Empfehlung zur Einführung adäquater Mindestsicherungssysteme, die ein Leben in Würde ermöglichen, enthalten. Horemans erwähnte außerdem die Arbeit des Europäischen Parlaments zur Frage der Dienstleistungen und einer Direktive für Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Auch er unterstrich den thematischen Schwerpunkt der Wohnunglosigkeit der OMK im Sozialbereich 2009, der einer Empfehlung des siebten Europäischen Treffens folgte. Zudem konnte er darüber berichten, wie die Europäischen Treffen gewissermaßen als Katalysatoren für ähnliche nationale Verantaltungen wirken, an denen Hunderte Menschen mit Armutserfahrungen in ganz Europa beteilgit sind. Auf dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen betonte Horemans, dass in den EU Mitgliedsstaaten nichtsdestotrotz bislang ein Mangel an realen postiven Veränderungen im konkreten Alltag hinsichtlich der Beseitigung von Armut und Ungleichheit zu verzeichnen sei.

Der Vizeminister für Menschenrechte und nationale Minderheiten der tschechischen Republik, Czeslaw Walek, unterstrich die Bedeutung des jährlichen Social Roundtables und versprach die Schlußfolgerungen dieses Treffens beim nächsten Roundtable im Oktober 2009 in Schweden zu einzubringen. Er bestätigte darüber hinaus die Absicht der tschechischen Präsidentschaft, die Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen in der Bekämpfung von Armut zu fördern.

Auch wenn die unternommenen Anstrengungen hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen der Treffen Anerkannung fanden, wurden von Seiten der Delegierten nachdrückliche Forderungen nach einem transparenterem und klarerem Berichterstattungssystem hinsichtlich der zwischen den Treffen unternommenen Aktivitäten zur Umsetzung der Empfehlungen geäußert.

Entwurf

Die Europäischen Treffen, ein partizipativer Prozess

Im Jahr 2000 wurde vom Europäischen Rat in Lissabon die Umsetzung einer Europäische Strategie beschlossen, die sich u.a. die Leistung eines "entscheidenden Beitrags zur Beseitigung von Armut in Europa bis 2010" zum Ziel gesetzt hatte. Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sind zentrales Element zur Realisierung dieser Verpflichtung und müssen unter Beteiligung aller relevanter Akteure, einschließlich von Menschen mit Armutserfahrungen erfolgen.

Die Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen sind als ein sich ständig weiterentwickelnder Prozess zu verstehen. Nach- und Vorarbeiten sind Teil eines kontinuierlichen Arbeitsprozesses der jeweiligen Delegierten sowie der Armutsnetzwerke der einzelnen Mitgliedsländer.

Was ist von den vergangenen Treffen festzuhalten?

2001

brachte die belgische Regierung ihre seit 1994 bestehenden Erfahrungen mit Partizipationsprojekten ein und nutzte ihre EU-Ratspräsidentschaft, um das erste Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zu veranstalten, das sich mit den vier Themenfeldern Wohnen, Gesundheit, Ausbildung und Einkommen beschäftigte.
Zentrale Schlussfolgerung diese ersten Treffens war es, dass Menschen mit Armutserfahrungen über das Wissen und die Expertise verfügen, um Ausgrenzung zu analysieren und dass sie an der Gesellschaft teilhaben und in alle Entscheidungen, die für ihr Leben relevant sind, einbezogen werden wollen.

2002

schlug die belgische Regierung die Abhaltung eines zweiten Treffens vor, eine Initiative, die von der Griechischen Präsidentschaft aufgegriffen wurde. Das Europäische Armutsnetzwerk EAPN wurde mit der Organisation des Treffens beauftragt, aus Zeitmangel war jedoch keine umfassende Vorbereitungsarbeit der Delegationen möglich. Thematisch standen in diesem Jahr Beispiele guter Partizipationspraxis im Zentrum. In den Vorbereitungsarbeiten und Workshops wurden Modelle partizipativer Prozesse aufgezeigt. Als Schlußfolgerung dieses Treffens verabschiedeten die Delegierten die Forderung nach direktem Dialog von politischen EntscheidungsträgerInnen mit Menschen mit Armutserfahrungen hinsichtlich der sie betreffenden Politik.

Auf Basis dieser Forderung richtete die griechische Präsidentschaft im Juni des Jahres die Anfrage an den Rat, die Europäischen Treffen als regelmäßig stattfindenden Prozess, vergleichbar dem jährlichen *Social Round Table*, zu etablieren.

2003

Das für das Treffen unter irischer Präsidentschaft 2003 gewählte Thema wurde den Forderungen des zweitens Treffens entnommen und richtete den Fokus auf den Dialog zwischen PolitikerInnen und Menschen mit Armutserfahrungen. Unter dem Titel "Partizipation ist kein Einbahnstraße" und im Kontrast zur üblichen Vorgangsweise wurden die "Autoritäten" bei diesem Treffen zu "Gästen" der Menschen mit Armutserfahrungen und beteiligten sich direkt am Austausch und den Diskussionen in den Workshops. Am Ende des Treffens stand ein offenes

Diskussionsform von Menschen mit Armutserfahrungen und einer Runde politischer EntscheidungsträgerInnen. Eine DVD, die im Zuge des Events entstand, kann seither von nationalen Netzwerken des EAPN eingesetzt werden, um die Bewusstseinsbildung von nationalen und regionalen PolitikerInnen voranzutreiben.

2005
Die luxemburgische Präsidentschaft beschloss, das Thema "Bilder und Wahrnehmung von Armut" zu behandeln, wobei auch die Medienberichterstattung große Aufmerksamkeit bekam. Die TeilnehmerInnen brachten Patchworks, Malereien und Fotografien zum Treffen mit. Diese kreativen Werke wurden zu einer Ausstellung zusammengeführt, die im Rahmen des *Social Round Table* in Glasgow erstmals gezeigt wurde. Auch ein Ausstellungskatalog wurde veröffentlicht.
Wie ernst es der luxemburgischen Präsidentschaft mit ihrem Engagement war, wurde auch durch eine wirkungsvolle Mitteilung an den EU-Ministerrat deutlich, in dem alle EU Mitgliedsländer aufgefordert wurden, ähnliche Treffen zu organisieren.

Viele nationale Netzwerke des EAPN begannen in der Folge nach und nach ähnliche Treffen auf nationaler oder regionaler Ebene zu veranstalten.

2006
Unter dem Thema "Wie bewältigen wir unsere Armut" umfassten die Vorbereitungen unter österreichischer Ratspräsidentschaft alle möglichen Aspekte von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Grundlagenarbeit, die in der nationalen Vorbereitungsarbeit der Delegationen geleistet wurde, belegte das hohe Maß an Eigeninitiative und Energie von Menschen mit Armutserfahrungen. Alle Delegationen hatten Poster vorbereitet, deren Präsentation im Eröffnungsplenum zu einem unvergesslichen Highlight des Treffens wurde. Die Poster wurden zu einer Ausstellung für den *Round Table* in Finnland zusammengestellt, die im April 2007 auch im Kommissionsgebäude und im Juli 2007 beim ersten nationalen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen im Vereinigten Königreich zu sehen war. Die Evaluation des fünften Treffens machte die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme der bisherigen fünf Treffen deutlich.

2007
Für das unter deutscher Ratspräsidentschaft durchgeführte sechste Treffen wurde beschlossen, diese Bestandsaufnahme unter dem Titel "Den Prozess verstärken, die nächsten Schritte planen" in den Blick zu nehmen.
130 Delegierte aus 27 Ländern, sowie 97 RepräsentantInnen europäischer und nationaler Behörden trafen sich am 4. und 5. Mai in Brüssel. Sowohl Delegierte als auch Gäste brachten das Thema des Treffens durch das Mitbringen eines symbolischen Objekts auch visuell zum Ausdruck. Ohne die vorhandenen sozialen Fortschritte gering schätzen zu wollen, betonten die Delegierten, dass das Ziel die Armut bis 2010 zu beseitigen angesichts des deutlichen Zeichens der Zunahme von Armut unrealistisch sei.
Das sechste Treffen brachte deutlich zum Ausdruck, dass partizipative Prozesse einen wesentlichen Beitrag zum Empowerment von Menschen mit Armutserfahrungen leisten. Dabei wurde auch festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen Organisationen und öffentlichen Behörden verstärkt werden konnte und eine Verbesserung des fortlaufenden Dialogs auf nationaler Ebene gefordert.

2008
Das unter slowenischer Ratspräsidentchaft orgnisierte siebte Treffen trug den Titel "Vier Säulen im Kampf gegen Armut" und konzentrierte sich auf die Themen: Sozialdienstelsietungen, Wohnen, Mindesteinkommen und Dienstleistungen vonallgemeinem Interesse. Die vier gewählten Themen reflektieren zentrale Bereiche notwendiger Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut udn sozialer Ausgrenzung. Neben den 124 Delegierte mit Armutserfahrungen aus den EU-Mitgliedsländern nahmen an diesem Treffen beinahe ebensoviele Repräsentatinnen nationaler Regierungen, der Europäischen Kommission, europäischer NGOs und der Sozialpartner teil.

2009
Unter dem Motto "Wo wir leben, was wir brauchen" wurden im Rahmen der Vorbereitungen für das achte Treffen Probleme und Lösungsansätze zu den Themen Wohnen, Basisdienstleistugnen und finanzielle Teilhabe bearbeitet. Sowohl die Ergebnisse dieser Vorbereitungsarbeit als auch des Austausches zwischen den Delegationen werden im vorliegenden Bericht dokumentiert.

Entwurf

Wo wir leben

Im Rahmen der Vorbereitungen für das achte Europäische Treffen analysierten die Delegierten der verschiednene Ländern ihren unmittelbaren Lebensbereich. Für einige ist das eine Großstadt, für andere ein kleiner Ort oder ein Dorf oder sogar ein Lager oder Heim.
Hier einige Auszüge aus den Vorbereitungsarbeiten

Leben in der Großstadt

Privater Wohnraum in Städten ist teuer und es mangelt an sozialem Wohnbau. Zwar gibt es immer Geschäfte in der näheren Umgebung, doch die Lebensmittel sind hochpreisig. In einigen Ländern wurden Sozialmärkte eröffnet, ein Lösungsansatz der jedoch vielfach als stigmatisierend erfahren wird.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen mit Armutserfahrungen ist in einigen Ländern durch eine Krankenversicherungskarte bzw. elektronische Gesundheitskarte gesichert, mit der jedoch meist nicht alle Behandlungskosten abdeckt sind.
In einigen Ländern bekommen SozialhilfeempfängerInnen spezielle Karten oder Krankenscheine und einige ÄrztInnen verweigern die Behandlung von Menschen mit diesen Karten bzw. Krankenscheinen.

Städte verfügen normalerweise über ein gutes öffentliches Verkehrsnetz, jedoch sind die Tarife meist hoch. Auch kulturelle Angebote gibt es im Überfluß, die meisten davon jedoch sind für Menschen mit Armutserfahrungen unerschwinglich.

Arbeitslosigkeit ist ein gravierendes Problem in großen Städten. Es mag zwar ein großes Angebot an Jobs geben, viele davon bieten jedoch schlechte Bedingungen und Bezahlung.
In großen Städten werden Armutsbetroffene in Ghettos an Stadträndern, in Substandard-Wohnungen und ohne entsprechenden Zugang zu öffentlicher Infrastruktur, wie beispielswiese Kinderbetreuung angesiedelt. Letzere wäre jedoch gerade für die wachsende Zahl an AlleinerzieherInnen-Haushalte besonders wichtig.

Kleinstädte und Dörfer

In Kleinstädten und Dörfern sind die Probleme von Menschen mit Armutsefahrungen oft nocht gravierender. Ein Großteil der Häuser und Wohnungen sind in Privatbesitz oder als Mietwohungen ungeignet, wie beispielsweise alte Herrenhäuser, die zu Wohnungen umgebaut wurden. Jobs sind rar, da viele der kleinen Fabriken mittlerweile geschlossen haben. Öffentlicher Verkehr wurde weitgehend eingestellt, oft gibt es nur Busverbindungen in die nächste größere Stadt – und auch das nur ein- bis zweimal pro Tag - aber nicht zwischen den Kleinstädten udn Dörfern.
In vielen Orten gibt es kein Gesundheitszentrum und auch an anderen grundlegenden Dienstleistungen mangelt es bzw. wurden viele Angebote durch den Abzug vieler Menschen in größer Städte eingestellt. Als Resultat bleiben verlassene Häuser und eine alternde Bevölkerung. Es gibt Altenheime, jedoch keine Kinderbetreuung mehr.
Auch das Bildungsangebot ist sehr eingeschränkt. Wer eine höhere Schulbildung will, muss wegziehen. In einigen Dörfer gibt es nicht einmal mehr eine Schule.

Lager

Viele Roma leben in Lagern, manchmal auch in Zelten. Sie haben dort praktisch nichts zum Leben. Es gibt kein Fließwasser und keine Heizung. Im Winter müssen Kinder in der Kälte ihre Hausaufgaben mit Handschuhen schreiben. Es gibt keine Elktrizität, keine Straßenreinigung, keine Müllabfuhr und keine öffentlichen Verkehrsmittel.

Heime

HeimbewohnerInnen haben besondere Probleme. Das Zusammenleben ist oft schwierig, weil es zu einer Konzentration von vielen Problemen auf kleinem Raum kommt. Zudem sind die Menschen in der Nachbarschaft den HeimbewohnerInnen gegenüber oft feindlich eingestellt.

Entwurf

Beispiele

Im Rahmen der Vorbereitungstätigkeiten erarbeiten die Delegierten eine Beschreibung der aktuellen Praxis und realer Erfahrungen zur Wohnsituation, Basisdienstleistungen und finanzieller Teilhabe.

Wohnen

Die österreichischen Delegierten betonten den oft schlechten Standard von Heimen und Notunterkünften. Aufgrund von Überbelegung gibt es keinerlei Privatsphäre. Restriktive Regeln und das Agieren von SozialarbeiterInnen werden oft nicht als unterstützend erfahren. Zudem gibt es ein offensichtliches Informationsdefizit bezüglich bestehender Angebote und Möglichkeiten.
BewohnerInnen sollte es erlaubt sein, Haustiere zu halten und FreundInnen einzuladen.
Gute Wohnmöglichkeiten werden oft im Rahmen von NGO-Projekten geboten. Für diese anständigen Wohnplätze gibt es jedoch lange Wartelisten.

Die belgische Delegation erachtet es als zentral, Finanzmittel für das Empowerment von wohnungslosen Personen zur Verfügung zu stellen und NGOs, die an der Lösung von Wohnproblemen arbeiten, entsprechend zu unterstützen.
Nationale Strategien und Aktionspläne zur Lösung der Wohnprobleme müssen entwickelt werden.
Ein ausreichendes Maß an sozialem Wohnbau ist essentieller Teil einer solchen Strategien und es ist aus Sicht der belgischen Delegierten absolut notwendig, dass die Mitgliedsländer konkrete Vorgaben setzen, im Hinblick auf einen Höchstanteil am Einkommen, der für Wohnen ausgegeben werden kann.
Durch entsprechende Steuerpolitik sollte verhindert werdne, dass Häuser leer stehen und als reine Spekulationsobjekte verwendet werden.

Die bulgarischen Delebierten berichteten, dass viele der Häuser in ihrem Land in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gebaut wurden oder noch alter sind, und dass die oft 8monate dauernden Winter die Energiekosten zu einem großen Problem machen. Zu große Häuser sind oft unverkäuflich, viele Häuser sind in sehr schlechtem Zustand und ihre Erhaltung ist teuer. Darum werden viel Häuser dem Verfall preisgegeben: sie wurden von einer Generation gebaut, und die nächste Generation muss wiedder bei Null beginnen. Das führt auch zu Isolation und Einsamkeit.
Die Häuser könnten natürlich modernisiert werden, vielen Menschen fehlt es jedoch am Geld für die notwendigen Reperaturen. Der Immobilienmarkt ist längst kollabiert.

Die dänische Delegation erzählte von VermieterInnen, die nichts mit ihren MieterInnen zu tun haben wollen, sich jedem direkten Kontakt entziehen und auch nichts in die Instandhaltung ihrer Häuser investieren. Gleichzeitig ziehen siauch die Gemeinden Unterstützungsangebote zurück.

Aus Frankreich wurde von der Eröffnung von Heimen in den Außenbezirken der Städten berichtet und darüber, dass es für BewohneerInnen dieser Unterkünfte serh schwer sei, eine Wohnung zu finden.

Die griechischen TeilnehmerInnen berichten von Ghettos, in denen je 6-7 Personen in viel zu kleine Häuser gepfercht werden. Die hygienischen Bedingungen hätten sich zwar verbessert und mehr Kinder gingen zur Schule, es brauche jedoch neue Schulen, bessere Instandhaltungsmaßnahmen für die Häuser und Sportplätze.

Die italienische Delegation beschrieb das harte Leben von Roma unter schlechten Bedingungen in Wohnwägen und Wohnmobilen.

Die hygienischen Verhältnisse sind schlecht, es gibt kein Fließwasser, keine Heizung, keine Toiletten und Bäder. Überbelag führt zudem zu Spannungen, Privatsphäre gibt es keine. Das Gefühl ein Heim zu haben, fehlt völlig, Stressgefühle dominieren. Kinder haben kaum ein Sozialleben und schämen sich. Frauen arbeiten hart daran, die Wohnräume trotz allem so gut wie möglich zu gestalten. Es gibt keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Die Delegation aus Luxemburg berichtete von einem Mangel an leistbaren Wohnungen und Sozialwohnungen, von ausbeuterischen Mitverhältnissen und ausbeuterischen Vermietern, die einzelne Betten bzw. Matratzen vergeben, von Mietwohnungen mit unhygienischen Bedingugnen und illegalen Mietverhältnissen.
Sie forderten stärkere Kontrollen und Unterstützung bei der Bewältigung dieser Probleme.

Die maltesiche Delegation fokussierte in ihrem Bericht auf Wohnungslosigkeit, was auch den Mangel an jeglichem Zugang zu Basisidenstleistungen bedeutet. Sie berichteten davon, dass von den extrem niedrigen Einkommen unmöglich die Miete bezahlt werden könne. Immobilienpreise sind explodiert seit Malta der Europäischen Union angehört, und es gibt keinerlei Regulierung des Marktes.
Zwar gege es ein Unterstützungssstem für öffentlichen Wohnbau und Darlehen für die Renovierung von Substandard-Unterkünften, aber keine diese Maßnahmen reicht aus, um den Bedüfnissen, insbesonders von Menschen mit niedrigem Einkommen, zu entsprechen.

Die Delegierten aus Norwegen kamen zu den selben Schlußfolgerungen wie viele andere Delegationen: die Mieten sind hoch, es ist schwer an Wohnungen zu kommen und es mangelt an sozialem Wohnbau.

Die der Realität der polnischen Delegierten ist davon geprägt, dass der Zugang zu allen möglichen Rechten abhängig davon ist, eine permanete Adresse vorweisen zu können udn Familien oft in Häusern ohne Sanitäranlagen, mit hoher Feuchtigkeit und Schimmel leben. Wie kann ein Minimum an Privatsphäre erhalten bleiben, wenn alle in einem einzigen Raum leben? Überbelegung bringt auch für die Kindererziehung Schwierigkeiten, wie sollen bestimmte Themen mit Teenagern diskutiert werden, wenn alle anderen Kinder im selben Raum sind?

In Spanien ist es laut den Berichten der Delegierten sehr schwer angemessene Wohnmöglichkeiten zu finden. Substandard Wohnungen oder Häuser führen zu physischen und psychischen Gesundheitsproblemen und zu sozialer Zurückweisung. Es braucht eine Mediationsstelle für VermieterInnen und MieterInnen und eine angemessen Wohnpolitik.

Die Delegation des Vereinigten Königreichs beschrieb die tragische Realität unangemessener Unterkünfte in überbelegten ehemaligen Frühstückspensionen. Einige VermieterInnen leben im Ausland und können nicht errreicht werden, wenn es Probleme gibt. Andere warten vor dem Postamt, um ihren MieterInnen, wenn diese dort ihre Sozialhilfe abholen, die Miete gleich direkt abzunehmen. Für Gas und Elektrizität müssen überteuerte Rechnugnen bezahlt werden, da der individeulel Verbrauch nicht gemessen wird. Viele unterschiedliche Gruppen, wie etwa junge und ältere Menschen, Personen mit psychischen Krankheiten oder Behinderungen, Alkohol- und Drogenabhängige, und Straftäter sind auf diese Wohnmöglichkeiten angewiesen. Die Delegierten berichteten auch von Freiwilligenorganisationen, die entstanden , um die Wohnbedingugnen dieser Menschen zu verbessern.

Basisdienstleistungen

Aus Sicht der österreichischen Delegierten sind auch Kulturangebote als grundlegende Dienstleistugnen zu sehen; diese sind jedoch meist teuer und es gibt wenig Information

über Alternativen. Mit den vorhandenen Kulturpässen könnten nicht alle Kulturangebote in Anspruch genommen werden, allerdings gebe es viele alternative Kulturveranstaltungen, die in den Straßenzeitungen angekündigt werden.
In Armut zu leben, bedeutet nicht kulturlos oder an Kultur uninteressiert zu sein. Mobilität und der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln spielen hinsichtlich des Zugang zu Kulturangeboten auch eine Rolle.

Von der belgischen Delegation wurde der Zugang zu Energie als wichtige Basisdienstleistung ausgewählt. Es mangelt an Information über Anbieter, zudem verlangen die beglischen Delegierten, dass eine unabhängige Regulierungsagentur eingerichte wird, mit der Aufgabe die unterschiedlichen Anbieter zu beobachten und ein Ombudsservice anzubieten.
Das Recht auf Energie zählt zu den sozialen Grundrechten, deshalb braucht es eine Debatte über eine Enrgiemindestsicherung. Außerdem müssten Maßnahmen getroffen werden, die verhindern, das mehr als 5% des Haushaltseinkommens für die Bezahlung von Energiekosten aufgewendet werden.
Zudem ist eine weitreichende Überpüfung der Auswirkugnen der Liberalisirung des Energiemaerkts notwendig.

Der Entwurf einer Europäischen Energieverbrauchercharta muss fertigstestellt werden und in eine Direktive münden, die den Zugang zu Energie garantiert.

Bezüglich sozialer Dienstleistungen forderte die belgische Delegation das Recht auf und den Zugang zu qualittätvollen Sozialdienstleistungen, die leicht erreichbar und fortlaufend angeboten werden. Dabei müsse auf die realen Bedürfnisse von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahungen und deren sich stets veränderde Lebensumstände eingegangen werden.

Jede und jeder hat das Recht auf eine würdige nicht-diskrminierende Behandlung. Der aktuelle Vorschlag hinsichtlich eines Vertrags der von den Anbietern mit KlientInnen von Sozialdienstleistungen abgeschlossen werden soll, lost gemischt Gefühle aus. Es braucht Maßnahmen, die dafür sorgen, dass derartige Verträge nicht diskriminierend wirken.

Der garantierte Zugang zur Gesundheitsversorgung ist nach Ansicht der belgischen Delegation dringend notwedig. Ein Europäisches Gesundheits- und Armuts-Observatorium sollte eingerichtet werden.
Die europäische Union sollte außerdem Qualitätsstandards für die Mitgliedsstaaten hinsichtlich des garantierten Zugangs zu qualitätvollen Sozialdienstleistugnen setzen. Soziale Dienstleistugnen müssen lokal und damit vor Ort koordiniert, angeboten und zugänglich sein.
Mit Blick auf die Einhaltung der Menschenrechte ist es notwendig, dass Menschen mit Armutserfahrungen mittels verschiedener Partizipationsmechanismen auf allenen Ebenen beteiligt werden. Partizipative Methoden der Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen müssen aktiv gefördert und durch EU-weite und nationalen Finanzierungsprogramme gefördert werden.
Die Europäische Union soll eine Direktive zur Nicht-Diskriminierung im Zugang zu Dienstleistungen verabschieden.

Von Seiten der bulgarischen Delegation besteht Sorge über die hohen Elektrizitätspreise. Menschen versuchten sich bezügich der Nutzung einzuschränken. Oft gibt es nur eine Leitung in ein Dorf und es kommt zu ständigen Ausfällen.

Auch die Telefonkosten sind sehr hoch, weswegen viele Menschend aruaf verzichten, was besonders bei alten Menschen zu Isolation führt. Die Wasserpreise steigen ständig, Internetzugang ist nur in Verbindung mit einem Kabelfernsehen-Abonnement möglich, wodurch auch dieser sehr teuer wird. Transportkosten sind ebenfalls hoch, was zusätzlich zur Isolation beiträgt: von den vorhanden zwei Verkehrsbtrieben werden die Tickets des jeweils anderen nicht akzeptiert.

Medikamente sind teuer und für medizinische Untersuchungen gibt es eine lange Warteliste. Das Kranken- und Kindergeldsystem sind sehr kompliziert.

Als positive Realität wurden von der Delegation die frei zugänglichen Bildungsangebote geschildert, sowie kompetente lokale Gesundhetiszentren und die von NGO in diesem Bereich etablierten Projekte, die von lokalen Behörden unterstützt werden.
Die Delegierten fordern eine flexiblen Zahlungsplan für Energierechnungen, die Entwicklung alternativer Energeiquellen, Computertraining, zivilgesellschaftliche Ausbildungsprogramme, bessere Unterstützung durch die Behörden, effiziente Information bezüglich verfügbarer Jobs, die Entwicklugn von Selbsthilfeorganisationen, langfristige Projektfinanzierungen, die über mindestens 5 Jahre reichen und eine Vereinfachung der für die Gründung kleiner Unternehmen notwendigen Prozedur.

Die Delegierten aus Finnland betonten, dass ihr Sozialsystem hochkompliziert und für Anspruchsberechtigte vielfach unpassend sei. Sozialleistugnen sollten automatisch an alle Bezugsberechtigen ausbezahlt werden.

Die französische Delegation konzentriete sich auf den Zugang zu Gesundheitsversorgung. Es gibt in Frankreich eine unverselle Gesundheitskarte, einige ÄrztInnen würden sich jedoch weigern, nicht zahlende PatientInnen zu behandeln.
BezieherInnen von Lebensmittelunterstützung könnten es sich nicht leisten, sich gesund udn ausgewogen zu ernähren, da sie immer die gleichen Produkten bekommen. Die Delegierten forderten mehr soziale Lebensmittelgeschäfte in denen Menschen als KundInnen und nicht als SozialhilfebezieherInnen behandelt werden und ein Gutscheinsystem, dessen Gutscheine in allen Supermärkten gültig wäre und nicht benachteiligend wirke. Außerdem wäre die Entwicklung von Tauschkreisen und Kleingärten (im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung) wichtig und würde eine gesunde Ernährung fördern. Bezüglich offentlicher Gesundheitseinrichtungen forderten die Delegierten Zugang zu Waschgelegenheiten (öffentliche Bäder) und allen größeren Städten
Die Delegierten verlangten eine Reform der Sozialdienstleistungen, damit die Betroffenen nicht länger von Pontius zu Pilatus geschickt werden. Es muss ein Multi-Dienstleistungs-System mit SozialarbeiterInnen eingesetzt werden, die sich gemeinsam mit den KlientInnen um die Koordination der unterschiedlichen Anforderugen verschiedener Behörden kümmern. Auch bezüglich der Informationsverbreitung sei noch viel zu tun: derzeit müsse man um die richtigen Informationen buchstäblich kämpfen.

In Deutschland gibt es, nach Auskunft der Delegierten, das Recht auf Zugang zu universalen Dienstleistungen, jedoch nur in der Theorie, in der Praxis haben die am stärksten von Armut betroffenen Menschen keinen Zugang.

Die griechische Delegation berichtet vom Anstieg des Anteils des Selbstbehalts an den Kosten für medizinische Versorgung.

Der Zugang zu Gesundheitsversorgung, besonders für AlleinerzieherInnen-Haushalte, ist auch der irischen Delegation ein wichtiges Anliegen. Eine Mutter und Kind mussten 11 Montae auf einen ersten Termin warten, und dann weitere 4 Monate auf eine Operation.

Viele AlleinerzieherInnen-Familien, die Anspruch auf kostenlose medizinische Versorgung haben, zögern einen Arbeitsplatz anzunehmen, da sie dann diesen Anspruch verlieren. Eine Überbrückungsperiode, in der weiterhin kostenlose medizinische Versorgung garantiert wird, wäre notwendig.

Für ältere Personen gibt es verschiedenen Möglichkeiten der Kostenübernahme. Der Zugang zu kardiologischen Untersuchungen ist für Frauen und Männer nicht gleichberechtigt geregelt und es gibt lange Wartezeiten auf chirurgische Eingriffe.

ÄrztInnen sind meist unvorbereitet oder respektlos oder verweigern die Behandlung von Wohungslosen überhaupt.

Die italienische Delegation, darunter viele BewohnerInnen von Lagern, beschwerte sich über die mangelnden hygienischen Bedingungen in ihren Lagern: es gibt keine Müllabfuhr vier Duschen für 75 Personen, keine Reinigung der chemischen Toiletten; Straßen und Wege sind nicht asphaltiert und öffentliche Verkehrsverbindungen kaum vorhanden.

Die Delegatierten aus Litauen, von denen einige in Dörfern leben, berichtete vom Mangel an Basisdienstleistugnen wie Gesundheitsversorgung, Information, Postämter, Feuerwehren. Schwangere Frauen müssen eine 50km lange Reise zur Geburtsklinik auf sich nehmen.

Die TeilnehmerInnen aus Luxemburg konzentrierten sich zunächst auf Bildungsfragen und argumenteriten, dass Bildung soziale Ungleichheit oft nicht reudzierte sondern sogar zu weitere sozialen Ausgrenzung führe.
Im Zusammenhing mit der Gesundheitsversorgung wurden die hohen Kosten für Brillen und zahnärztliche Behandlungen erwähnt. PatientInnen müssen mehrere Kostenvoranschläge bei ihrer Versicherugn einreichen, medizinische Behandlungen sind oft sehr kostspielige Prozeduren und es dauert lange bis die Kosten zurückerstattet werden.
Der von den PatientInnen verlangte Selbstbehalt belastet schmale Budgets unverhältnismässig stark. Große Familien mit geringem einkommen sind im Fall von Infektionskrankheiten und wiederholt notwendige Arztbesuche benachteiligt.

Die norwegischen Delegierten betonten, dass einige Menschen aufgrund ihres schlechten Gesundheitzustands nicht arbeitsfähig wärend und in der Folge kein Geld hätten, um gesunde Lebensmittel zu kaufen.
Sie wiesen außerdem auf die lange Wartzeit zwisschen dem Antrag auf Arbeitslosigkeit und der tatsächlichen Auszahlung des Arbeitslosengeldes hin.
Der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Medikamenten stellt in Augen der polnischen Delegation vor allem für wohnungslose Personen ein Problem dar. Die Delegierten brachten ein, dass Menschen ohne Zugang zu (sauberer) Luft, Wasser und Sanitäranlagen nicht leben könnten und auch der Zugang zu Mobiltelefonen und zum Internet heutzutage eine Notwendigkeit für die gesellschaftlilche Teilhabe sei.

Die Delegierten aus Rumänien merkten an, dass dort, wie überall, viele Menschen keinen Zugang zu Basisdienstleistungen hätten. Vor allem in ländlichen Gebieten gibt es einen Mangel an ÄrztInnen und Krankenhäusern.

Die slowenischen Delegierten wiesen auf den Mangel an AllgemeinmedizinerInnen und FachärztInnen aller Art hin. Die Wartelisten für einen Behandlungstermin sind langg und die Qualität der Leistungen lässt spürbar nach.
Kostenlose Behandlungsmöglichkeiten sollten zur Verfügung gestellt werden.

Die Delegierten aus Spanien betonten das mangelhafte öffentliche Verkehrssystem am Land, das auch von anderen Delegierten bereits erwäht wurde.
Sie forderten eine verbesserte Koordination udn Vernetzung zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungsanbietern.

Der Zugang zu öffentlichem Verkehre war auch der niederländischen Delegation ein Anliegen. Von BürgerInnen-Initiativen wurden Lösungsvorschläge erarbeitet, politische EntscheidungsträgerInnen sollten diee Gruppen kontaktieren und sich über deren Lösungsvorschläge informieren.

Finanzielle Teilhabe

Die Delegierten der tschechischen Republik berichteten, dass sich oft ein Zinsbetrag anhäufte, der jenen des ursprünglichen Kredits übersteigt. Die Höhe der Zinsen müsste limitiert werden.

Informelle Arbeit ist leichter zu finden als eine angemeldete Beschäftigung, speziell wenn jemad Schulden hat.

Wenn es zu einem Gerichtsverfahren kommt, erhöhen sich die Schulden oft durch die dadurch entstehenden Kosten weiter.

Die finnischen Delegierten betonten, dass der Betrag der Mindestsicherung und des Arbeitslosengeldes zu gering sei. Eine Mindestsicherung müsse so hoch sein, dass keine weitere Sozialleistung nötig seie.

Die Delegierten aus Frankfreich unterstrichen die Notwendigkeit des Anspruchs auf Mindestsicherung für 18-25jährige. Sie berichteten auch von den zu hohen Bedingungen, die an BezieherInnen gestellt werden. Working poor haben trotz ihres nicht ausreichenden Einkommens keine Anspruch auf Unterstützung.
Monetäre Sozialleistungen sollten auf Basis des verfügbaren Einkommens nach Abzug der Fixkosten für Wohnen, Heizen etc. berechnet werden.
Derzeit werden monetäre Sozilleistungen auf Basis des Einkommens des Vorjahrs berechnet. Die Umstände haben sich inzwischen jedoch oft verändert und die Sozialleistugn sollte auf Basis des aktuellen "Einkommens" kalkuliert werden.

Die deutsche Delegation berichtete, dass all jene die auf einer "schwarzen" Kreditliste stehen, kein Bankkonto eröffnen können.
Der Kinderzuschuss beträgt derzeit 100 Euro für ein Paar und 50 Euro für eine AlleinerziehrIn. Personen die andere Sozialleistungen beziehen können den vollen Kinderzuschuss nicht erhalten. Der Kinderzuschlag für 7-14jährige wurde gekürzt.

Die griechische Delegation berichtete dass Angehörige der Roma oft zum Übersiedeln gewzungen wäre, weil es aus rassistischen Gründen keine Jobs für sie gibt. Die Delegation forderte 30% öffentlichen Wohnbau, bessere Kreditmöglichkeiten und Lizenzen für den Handel auf lokalen Märkten.

Bezüglich finanzieller Teilhabe wies die niederländische Delegation auf die Unterschiede zwischen großen und kleinen Städten hin und forderte mehr Untrestützung und die Entwicklugn von BürgerInnenräten (citizens' council)

Gemäß den Berichten der polnischen Delegierten führt Verschuldung oft zu Gewalt. Rückzahlungsraten werden schwer bewaffnet im Mafiastil eingefordert.
Wer einen Akt als Gläubiger hat, bekommt, auch wenn es um kleine Beträge geht, keinen Kredit für einen Neustart. Es sollte möglich sein, den Schuldenvermerk zu löschen.

In Rumänien, so berichteten die Delegierten, stehen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe in keinerlei Relation zu den Lebenshaltungskosten. Auch die Löhne reichen oft nicht aus um die täglichen Kosten zu decken. Es braucht eine Mindestsicherung und Mindestlöhne, die sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren.

Die slowakische Delegation erzählte von den weitreichenden Auswirkungen auf Familie, wenn ein Familienmitglied die Erwerbsarbeit aufgeben müsse, um für ein anderesn Familienmitglied (mit Krankheit, Behinderung) zu sorgen.
Diese Art der Solidarität erfahre zwar hohe gesellschaftliche Wertschätzung, aber keiner finanzielle oder moralische Anerkennung als Arbeit. Zudem werden die Person, die Sorgetätigkeiten übernehme vom Pensionssystem bestraft, weil diese Leistugnen nicht anerkannt und deshalb nicht in die Klauklation der Pensionsansprüche aufgenommen werden, die dann unter dem Existenzminimum liegt.

Die slowenischen Delegierten wiesen auf niedrige Einkommen und Pensionen hin. Die Kosten für Pflegeheime sollten sich am Inkommen orientieren. Ältere Menschen werden marginalisiert und sind schlechter Behandlung ausgesetzt.
Der Lebensstandard nimmt ab und die Überschuldugn nimmt zu. Sozialmärkte sollten eröffnet werden.

Die Delegierten des Vereinigten Königreichs betonten, dass es zu wenige Jobangebote mit angemessener Bezahlung gebe. Eine große Zahl an Geldverleihern, die Wucherkredite anbieten, führten Menschen in Versuchung und in Schuldenprobleme. Diese kredithaie verlangen illegale Gebühren, können gewaltätig werden und nutzen die Kredite, um Kontrolle auf jene auszuüben, die keine Chance haben, die Beträge jemals zurückzuzahlen und Kontrolle über ihre eigenen Ausgaben zurückzuerhalten. Ihre Geldprobleme nehmen kein Ende und sie können kein Bankkonto eröffnen.

Eine gemeinnützige Genossenschafts- oder Gemeindebank mit niedrigen Zinsen wäre eine Lösung für jene, denen ein Bankkonto verweigert wird oder die in die Klauen der Kredithaie gelangt sind. Die Zinsen werden von der Gemeinde bzw. Genossenschaft festgelegt.

Die Delegation forderte verstärkte Finanzierung für Credit Unions (Kreditvereine), finanzielle Bildungsangbote, stärkere Kontrolle von Kredithaien und ein Bankkonto das über allen Postämter zur Verfügung gestellt wird.

Entwurf

Eröffnungsplenum

Marian Hosek, Vizeminister für Sozialpolitik, Sozialdienstleistungen und Familienpolitik im Ministerium für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der tschechischen Republik

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das diesjährige achte Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen trägt den Untertitel "Wo wir leben – was wir brauchen" und betont dabei die Bedeutung des Ortes, an dem wir leben, sowie daas ganze Spektrum an Dienstleitungen die zur Lebensqualität beitragen und helfen diese zu erhalten.

Es ist dies für mich die zweite Gelegenheit an einem Europäischen Treffen teilzunehmen und ich schätze das sehr weil dieses Treffen eine einzigartige Diskussionsplattform bildet. Dieses Jahr konzentriert sich das Teffen auf drei Hauptthemen, die eng miteinandder zusammenhängen: Wohnen, finanzielle Teilhabe und Zugang zu Basisdienstleistungen.

Der Zugang zu Finanzdienstleistungen ist zu einer unverzichtbaren Voraussetzung für die Beteiligung am wirtschaftlichen und sozialen Leben moderner Gesellschaften geworden. Nichtsdestortrotz, gibt es noch stets Menschen in Europa die über kein Bankkonto verfügen (können) und auch von anderen finanziellen Dienstleistungen, die allen anderen offen stehen, ausgeschlossen bleiben.
Über kein Bankkknot zu verfügen macht das Leben bedeuten schwieeriger. Es schränkt die Möglichkeiten einen besseren Arbeitsplatz zu finden ein und kann sogar zum Arbeitsplatzverlust führen. Wir bezeichnen diese Art von Probleme als "finanzielle Ausgrenzung". Finanzielle Ausgrenzung geht Hand in Hand mit sozialer Ausgrenzung. Einige Menschen sind starker als andere von finanzieller Ausgrenzung bedroht. Sie erfahren oft ein Vielzahl an Einschränkungen, wohnen in abgelegenen Gebieten, sind alt oder behindert, oder benötigen besondere Aufmerksamkeit.

Im Hinblick auf finanzielle Teilhabe möchte ich ein weitere Problem erwähnen: Verschuldung und exzessive Schulden. Ausser Kontrolle geratene Kredite verursachen Armut, oft sogar extreme Armut. Es gibt ein tschechisches Sprichwort, das besagt, dass ein Feuer ein guter Diener aber ein schlechter Herrscher ist. Ich bin persönlich davon überzeugt, dass das auch auf Kredite und Schulden zutrifft. Die Ergebnisse des Eurobarometers 2006 zeigen, dass 13% aller Haushalte in den EU Mitgliedsländern Problem bei der Rückzahlung von Krediten oder der Begleichung ihrer Haushaltsausgaben haben. Laut EU-SILC Bericht 2005 hatten in den vergangenen 12 Monaten 10% aller Haushalte Probleme mit

zumindest einer Rechnungsbegleichung. Die Untersuchung enthält eine bezeichnende Sammlung von Gründen die Haushalte in finanzielle Probleme stürzen: niedriges Einkommen über einen langen Zeitraum hinweg, unerwartete Ausgaben, aber auch eine übertrieben hohe Zahl an Krediten, die für oft nicht unbedingt notwendige Produkte aufgenommen wurden, sowie schlechtes Geldmanagemen. Für exzessive Schulden gibt e simmer mehr als einen einzigen Grund oder eine einzige Ursache, schlechtes Geldmanagement und die Anhäufung von Schulden sind Begleiterscheinungen des Problems. Ein weiteres Charakteristikum für exzessive Verschuldung ist, ohne Zweifel, die lange Dauer einer schwierigen Situation.

Schulden stellen eine offensichtliche und langfristige Last für ein Individuum oder eine Familie dar, sie übersteigen die Zahlungsfähigkeit der betreffenden Personen und es kommt zu Problemen bei der Rückzahlung und der Begleichung der Lebenshaltungskosten. Nicht jede und jeder verfügt über die entsprechenden Fähigkeiten, die es braucht Finnzangelegenheiten gut zu regeln und Entscheidungen unter Berücksichtigung aller möglicher Konsequenzen zu treffen. Die von der Kommision am 18. November 2007 verabschiedete Kommunikation zu Finanzieller Allgemeinbildung betont die Rolle guter Finanzbildung. Finanzbildung ist ein langer Prozess im Rahmen dessen Menschen wichtige Informationen über die Risiken von Kreditaufnahmen informiert werden und jenes Wissen und die notwendigen Fähigkeiten erwerben, um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können.
Ich bin davon überzeugt, dass wir in ganz Europa viele gute Bildungsprogramme finden und möchte hier ein Beispiel aus der teschischen Republik nennen, wo Dank der Zusammenarbeit mehrere Ministerien (Finanzministerium, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Ministerium für Handel und Industrie) und der Tschechischen Nationalbank ein Lesebuch mit dem Titel "Finanzielle und ökonomische Alphabetisierung" für die Grund- und weiterführende Schulen und ein spezielles Fortbildungsprogramm für LehrerInnen entwickelt wurde. Die Integration von Finanzbildung in die Lehrpläne der Schulden ist wichtig, damit allen Kinder das für KonsumetInnen Wissen und Bildung schon vorab vermittelt wird.

Was die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise betrifft, muss man realistischerweise in allen Mitgliedsstaaten einen Anstieg an nichtrückzahlbaren Darlehen von Haushalten erwarten, vor allem dort wo schon vor Beginn der Krise die Grenze der Zahlungsfähigkeit erreicht war. Eine Zunahme an gerichtlichen Pfändungen und Privatkonkursen muss erwartet werden. Gleichzeitig wird es durch die Situation am Arbeitsmarkt für viele Menschen unmöglich erneut zahlungsfähig zu werden. Eine unvorhergesehene Ausgabe kann in einem Niedrigeinkommesnhaushalt zu Schulden führen, ja sogar zu exzessiven Schulden und Unterstützung durch Sozialdienstleistungen notwendig machen.

Trotz einer gleichsweise positiven Situation in der tschechischen Republik besteht das Risiko exzessiver Verschuldung von Niedrigeinkommenshaushalten aufgrund von unzureichender finanzieller Allgemeinbildung. Viele Menschen überschätzen ihre Zahlungsfähigkeit und Finanzkraft. Manchmal verspüren sie die Notwendigkeit etwas zu kaufen und sind in der Folge nicht in der Lage ihren Zahlungsverpflichungen nachzukommen. Nicht selten werden solche Situationen durch weitere Kredite zu lösen versucht, oft von Anbietern außerhalb des Bankensektors und zu ungünstigen Konditionen. Viele dieser Institutionen (die auch Kredithaie genannt werden) wenden unfaire Praktiken an. Die Zahl der Personen die Unterstützung von Schuldenberatungsorganisationen sucht nimmt zu.

Das ist eine ungünstige Entwicklung, denn sie zeigt auf, dass Menschen tatsächlich Problem emit ihren Schulden haben. Gleichzeitig ist es positiv zu sehen, dass sie eine Lösung für ihre Situation zu finden versuchen. Erhebungen zeigen, dass bei 95% der KlientInnen zunächst durch Bankkredite Schulden entstehen und in der Folge weitere Schulden von Insitutionen außerhalb des Bankensektors. In 50% der Fälle wurde dabei auf Anzeigen reagiert, in denen Kredite zu hohen Zinsen und ungünstigen Konditionen angeboten werden.

Ich nehme an, dass unsere Diskussionen zum Thema wohnen um zwei fundamentale Probleme kreisen werden: Leistbarkeit und Unterstützung. Die Mehrheit der europäischen Länder bietet Menschen mit niedrigem Einkommen und anderen gefährdeten Gruppen Sozialdienstleistungen an, die Unterstützung bei der Bezahlung von Mieten und mit dem Wohnen zusammenhängenden Kosten, wie Heizkosten, Elektrizität, Warm- und Kaltwasser leisten. Dennoch werden diese Ausgaben für viele EuropäerInnen zum Problem.

Das Thema Basisdienstleistungen stellt, gleich jenem der Sozialdienstleistungen, ein sehr breites Feld dar. Im tschechischen Kontext haben wir ein engeres Verständnis von Sozialdienstleistungen. Die tschechische Gesetzgebung garantiert einer Person die in eine ungünstige soziale Situation gerät, unabhängig von den Gründen, Unterstützung und Beihilfen durch unterschiedliche Sozialdienstleistungen. Im Falle extremer sozialer Ausgrenzung, zB. durch exzessive Verschuldung, Arbeitslosigkeit oder Wohnungslosigkeit – werden sowohl Sozialdienstleistungen als auch Sozialberatung angeboten, spezielle Programme vor Ort, Unterkünfte für AsylwerberInnen und betreutes Wohnen stellen wichtige Beiträge zur Beseitigung des Problems und der Erlangung sozialer Teilhabe dar.

Wir sind uns wohl darin einig, dass Sozialdienstleistungen auf individuelle Bedürfnisse eingehen müssen. Sie müssen eine Haltung der Aktivität und die persönliche Entwicklung fördern und einen Beitag zur Unabhängigkeit der betroffenen Person leisten und diese zu Aktivitäten stimulieren, die aus der schwierigen Situation herausführen. Hinsichtlich exzessiver

Überschuldung, müssen Sozialarbeit, Beratung und andere Sozialdienstleistungen darauf abzielen, die finanzielle Allgemeinbildung zu der betroffenen Personen zu stärken, um weitere Überschuldung und unerwünschte Nebenwirkungen wie Wucherei, illegale Arbeit und zureichenden Zugang zu Basisdienstleistungen zu vermeiden. Gemeinsam mit eineer angemessen monetären Mindestsicherung und einem gut funktionierenden öffentlichen Arbeitsmarktservice, gehört ein gutes Sozialdienstleistungsangebot zu den drei zentralen Säulen der aktiven Eingliederung. Dabei wird der Zugang zu einem breiten Spektrum an Sozialdienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wie Elektriziät, Wasser, Gesundheitsversorgung usw. Geschaffen, ohne die kein qualitätvolles menschliches Leben möglich ist.

Eva Szarvak, Delegiert des 7. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen

Ich möchte mit Ihnen über eine Sache sprechen, die aus meiner Sicht heutzutage für alle Priorität hat. Es geht um die Wirtschaftskrise un dihre Auswirkungen auf jene, die in Armut leben.

In Ungarn, wo ich lebe, besorgt uns vor allem die zunehmende Unsicherheit. Immer mehr Arbeitsplätze gehen verloren, und dort wo Unternehmen bestehen bleiben, werden Arbeitszeit und Löhne gekürzt. In der Folge verfüge Familien über weniger Einkommen und beginnen damit, sich zu verschulden. Die Rückzahlungsbeträge für Kredite harter Währung sind dramatisch angesteigen und viele Familien laufen Gefahr ihr Zuhause zu verlieren. Junge Menschen können keinen Arbeitsplatz finden und haben keine Chance sich ein eigenes Zuhause aufzubauen und Kinder zu bekommen, was ein Problem für die ganze Gesellschaft darstellt.

Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen scheinen aus Sicht von Menschen mit Armutserfahrungen nicht sehr durchdacht. Als erstes sollen Wohnbeihilfen, die bisher gewährt werden, gestrichen werden. Dadruch werden bereits von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen in eine untragbare Situation gebracht. Meiner Meinung nach, wurden diese Maßnahmen kaum koordiniert und ihre langfristigen Auswirkungen nicht berücksichtigt. Einige einzelne Maßnahmen mögen tolerierbar sein, insgesamt jedoch stellen sie eine untragbare Belastugn für durchschnittliche BürgerInnen daer.

Ich glaube nicht dass diese Probleme nur uns UngarInnen betreffen, die Konsequenzen der Krise und die Reaktionen bereiten uns allen Sorge. Ich bringe das zur Sprache, weil ich glaube, dass wir unsere Interessen besser vertreten können, wenn wir unsere Kräfte vereinen und gemeinsam auftreten.

Der Kampf gegen Armut ist unser aller alltäglicher Job. Deshalb ist es unsere wichtigste Aufgabe, darüber zu sprechen, einander zu verstehen, und mit jenen Vorurteile aufzuräumen, durch die all diejenigen von uns, die aus irgendeinem Grund in Armut und Ausgrenzung leben, an den Rand gedrängt werden.
Für mich ist dieses Treffen das einzige Forum, wo die Probleme und Erfahrungen von jenen, die in Armut leben, gehört und verstanden werden. Lasst uns diese Gelegenheit beim Schopf ergreifen, wir sollten nicht nur über die Kraft sozialen Zusammenhalts sprechen, sondern beweisen, dass wir gemeinsam etwas für uns und unsere Mitmenschen erreichen können.

Entwurf

Workshops

Die ausgewählten Themenbereiche wurden in insgesamt sechs Workshops von Delegierten aus 27 Mitgliedsländern und Norwegen diskutiert, wovon 90% eigene Armutserfahrungen in die Diskussion einbringen konnten.
Als GesprächspartnerInnen und "Gäste" nahmen VertreterInnen unterschiedlicher europäischer und nationaler Organisationen, Regierungen und Behörden, die in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung engagiert sind, sowie VertreterInnen europäischer NGOs an den Workshops teil.

Intention der Workshops war es den Austausch unter den Delegierten sowie zwischen Delegierten und Gästen zu fördern. Jeder Workshop began mit der Vorstellung jeder Teilnehmerin und jedes Teilnehmers und ihres jeweiligen Lebensortes, danach präsentierten die Delegierten die Ergebnisse ihrer Vorbereitungsarbeiten zu den Themen Wohnen, Basisdienstleistungen und finanzielle Teilhabe, die auszugsweise auch in der vorliegenden Dokumentation enthalten sind.
Auf die darin enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen folgten Diskussionen.

Im Anschluss an die Workshops kam es zu einer weiteren Diskussion im Kreis der einzelnen Länderdelegationen, die jeweils zwei Anliegen, die sie in die Diskussion des Schlussplenums einbringen wollten, auswählten.

WOHNEN

Kommentare aus den Workshops

- Immobilienspekulationen treiben die Mieten in die Höhe
- Die Mieten sind wirklich zu hoch und es gibt zu wenig Sozialwohnungen
- Um ein Haus zu bekommen, brauche ich einen Job. Aber ich habe keinen Job.
- Wir brauchen keine Statistiken, wir brauchen Unterstützung.
- Am Land zu leben, führt zu einem Teufelskreis. Die Häuser sind alt, es gibt keine Jobs und alle jungen Leute ziehen weg.
- Aufgrund des Tourismus haben sich die Hauspreise verdreifacht. Viele Häuser stehen zum Verkauf, aber wir können sie uns nicht leisten.
- Wohungslose Personen scheinen in der Statistik nicht auf, sie existieren nicht.
- Es gibt Gesetze zum Schutz von Wohnungslosen, aber kein Recht auf Wohnraum.
- Meine Sozialhilfe reicht gerade mal für die Miete.

- Es gibt nicht genug Sozialwohnungen, für diejenigen, die sie brauchen.
- Die Zahl derjenigen, die Geld verdienen und es sich nicht leisten können, ein Haus zu kaufen oder Miete zu bezahlen, ist unglaublich.
- Sozialwohnungen sind von schlechter Qualität. Sie sind schwer zu heizen und die Rechnungen sind hoch, so dass Menschen schließlich auf der Straße landen.
- Wenn du kein Bankkonto hast, gibt es keine Möglichkeit ein Haus zu mieten.
- Es braucht Gesetze zur Kontrolle von Haus- und Mietpreisen.
- Um an eine Mietwohnung zu gelangen, ist die Zahlung einer hohen Kaution notwendig.
- Eine Familie mit 7 Kindern lebt in einem 34m2 Appartement.
- Aus Frühstückspensionen wurden Unterkünfte gemacht, jedes Zimmer wird an eine andere Person vermietet.
- Sozialwohnungen werden privatisiert.
- Einige Menschen bleibt nichts anderes übrig als in ihrem Auto zu wohnen.
- Es gibt viele leerstehende Häuser. Diese müssten auf die eine oder andere Weise beansprucht werden.

Erkenntnisse

Mieten sind auch für Wohngelegenheiten schlechter Qualität sehr hoch. Alte Häuser und Sozialewohungen sind oft energieineffizient. Die Energiekosten sind hoch und es feht den MieterInnen an Informationen bezüglich unterschiedlicher Energieanbeiter.

MigrantInnen und Arbeitssuchende haben spezielle Probleme am Wohnungsmarkt. Roma werden in Lager gepfercht, wo sie oft in Zelten ohne jede Sanitäreinrichtungen leben müssen.

Es gibt viele Substandard-Wohngelegenheiten und Häuser und Wohnungen, die für Familien ungeeignet sind.

Der Wegzug aus ländlichen Regionen und kleinen Orten führt zu vielen leerstehenden Häusern.

Immobilienspekulationen treiben, vor allem in Großstädten, die Preise – und damit auch die Mieten - in die Höhe. Es wird immer schwieriger an privat vermietete Wohnungen zu kommen, die Mieten sind hoch und zusätzlich wird oft die Hinterlegung einer unleistbaren Kaution verlangt.

Es gibt zu wenig sozialen Wohnbau. Vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen wird die Situation immer schwieriger, sie geraten schneller in Wohnunglosigkeit weil die gesamte Sozialhilfe von steigenden Mitpreisen gefressen wird.

Beispiele guter Praxis

- In Frankreich, Luxemburg und Belgien gibt es soziale Wohnungsvermittlungsagentur, die den Zugang zu angemessen Wohnmöglichkeiten zu leistbaren Preisen garantieren und als Vermittler zwischen VermieterInnen und MieterInnen agieren.
- Die Zusammenarbeit von ArchitektInnen mit Menschen mit Armutserfahrungen trägt dazu bei, dass Sozialwohnungen deren Bedürfnissen entsprechen.
- Ferienhäuser in Portugal werden zu Sozialwohungen umgewidmet.
- In Norwegen gibt es Projekte zur Renovierung von Industriegebäuden und alten Wohnhäusern, wo dann Gemeindewohnungen entstehen.
- In Luxemburg erhalten VermieterInnen finanzielle Unterstützung von Seiten der Regierung wenn MieterInnen ihre Miete nicht bezahlen können.
- NGOs unterstützen Menschen bei der Suche nach Wohnraum und dem Aufbringen der Mietkosten.

Vorschläge

- Jedes Mitgliedsland sollte über den Zugang zu und die Qualität des vorhandenen Wohnraums Bericht erstatten und auf diese Weise zur Entwicklung effektiverer Wohnpolitik beitragen.
- Der Dialog zwischen VermieterInnen und MieterInnen soll durch die entwicklung sozialern Wohnungsvermittlungsagenturen gefördert werden.
- Behörden müssen in Wohnungsneubauten investieren.
- VermieterInnen müssen gegen Strafe dazu verpflichtet werden, ihre Mietobjekte entsprechend auszustatten.
- Der soziale Wohungsbau muss erweitert werden.
- Mieten müssen dem Einkommen und dem Standard der Wohnmöglichkeit angepasst sein.
- Die vorläufigen Lager für Roma müssen geschlossen und durch angemessen Wohnmöglichkeiten ersetzt werden.
- Ein Zertifikat, das die Bewohnbarkeit bescheinigt, sollte ausgefertigt werden müssen, bevor ein Haus oder eine Wohung vermietet werden darf.
- Es braucht Gesetze um die Inbesitznahme bzw. Bewohnung leerstehender Häuser zu ermöglichen. In Belgien besteht ein solches Gesetz, wird jedoch nicht angewandt.
- Europäische Strukturfondsmittel sollten zur Steuerung der richtigen Vorgangsweise der Mitgliedsländern in Sachen Wohnpolitik eingesetzt werden.
- Fragen des Wohnens müssen zur europäischen Kompetenz werden. Die EU muss das Recht auf Wohnraum anerkennen und durch Direktiven, z.B. zur Diskriminierung im Zugang zu Wohnraum, unmittelbarer auf diesem Gebiet aktiv werden.
- In keiner Wohngegend sollten allein Sozialwohnungen gebaut werden, da sonst soziale Ghettos entstehen.

Empfehlungen

- Die Europäische Union muss Wohn-Standards etablieren.
- Wohnen muss als Europäisches Grundrecht anerkannt werden.
- Wohnkosten müssen an das jeweilige Einkommen angepasst werden. Es sollten nicht mehr als 30% des Einkommens für Wohnkosten aufgewendet werden müssen.
- Freiwilligenorganisationen und Agenturen die Menschen bei der Bewältigung ihrer Wohnprobleme helfen, müssen besser finanziert werden.
- Dienstleistungsangebote müssen gut zugänglich sein.
- Neubauten müssen in "gemischten" Gegenden errichtet werden.

Basisdienstleistungen

Kommentare aus den Workshops

- Die Krise wird von den Regierungen als Ausrede genutzt, um nichts für die am stärksten Gefährdeten zu unternehmen. So bleibt die Wahl zwischen essen oder die Wohnung warm zu halten.
- Die Energiepreise sind immer noch hoch. Energie ist ein Grundbedürfnis kein Geschäft.
- Der Zugang zu Energie wird erst dann für alle gesichert sein, wenn die Sozialbehörden mit den Energieanbietern zusammenarbeiten.
- Es gibt viele Arten erneuerbarer Energie: Sonnenenergie, Wasserkraft, etc. – diese sind jedoch sehr teuer und die Regierungen nehmen hier ihre Aufgabe nicht wahr.
- Die Kinder haben im Winter keine Heizung und leben unter gesundheitsschädigenden Bedingungen: ohne Toiletten, und mit nur zwei Stunden Fließwasser am Tag.
- Man hat keinen Zugang zu seinen Rechten.
- Es gibt nicht genügend Kinderbetreuungseinrichtungen und deshalb bekommt man auch keinen Job.
- In den Dörfern verschwinden die Basisdienstleistungsangebote: es gibt keine öffentliche Verkehrsverbindung mehr, der Bäcker hat zugesperrt usw. Ältere Menschen leben in Geisterstädten.
- Medizinische Versorgung kostet ein Vermögen. Armut macht Menschen krank.
- Es gibt großartige Krankenhäuser in der Stadt, aber du musst den Arzt mit Bargeld bezahlen, um behandelt zu werden.
- Armutsbetroffene Personen werden oft für ihre Situation verantwortlich gemacht. Es wird ihnen nichts zugestanden. Wir werden stigmatisiert.
- In unserer neuen französischen "Monarchie" haben Armutsbetroffenen keine Priorität.
- Man kann zusätzliche Unterstützung beantragen, muss aber 18 Monate darauf warten.
- Wir müssen sicherstellen, dass aus Rechten für Armen, nicht armselige Rechte werden.
- Wir leben weit vom Regierungssitz entfernt, wir haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Basisdienstleistungen. Jene, die gehen, hoffen auf ein besseres Leben, aber die Situation ist nichtsdestotrotz untragbar.
- Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein Problem. Ich habe fünf Jahre gebraucht um einen praktischen Arzt zu finden. Ein Facharzt ist noch schwerer zu finden und man muss bis zu vier Jahre auf eine Operation warten.
- Ein Mindesteinkommen für alle ist nicht die einzige Lösung. Wir brauchen auch Erfahrung und Solidarität.
- Roma leben an den Rändern der Gesellschaft und leiden unter wirklicher Diskriminierung. 12 Meter von meinem Wohnort entfernt gibt es einen Elektrizitätskasten, aber wir haben keinen Zugang dazu.
- Manchmal fühlst du dich wie ein Tischtennisball. Wir sind der Ball der hin und her geschlagen wird.
- Menschen mit Armutserfahrungen leben in den Außenbezirken der Städte, es gibt dorthin praktisch keine öffentliche Verkehrsverbindung und was es gibt, ist sehr teuer.
- Für Traveller ist es sehr schwer Zugang zu medizinischer Versorgung zu bekommen.
- Die zahnmedizinische Versorgung ist privatisiert, das ist ein wirkliches Problem.
- Ich habe Berge von Papiern ausgefüllt um an eine Sozialversicherung zu kommen; drei Monate hat es dann gedauert.

Erkenntnisse

Es gibt oft administrative Hindernisse für den Zugang zu Basisdienstleistugen. Anspruchsberechtigte müssen sich durch einen Irrgarten zahlloser Ämter schlagen und es gibt dramatische Informationsdefizite bezüglich vorhandener Rechte
Wer in kleinen Städten und Dörfern lebt, leidet unter dem schlimmsten Mangel an Basisdienstleistungen, die Angebote werden oft gekürzt oder verschwinden mit dem zunehmenden Bevölkerungsabzug aus ländlichen Gegenden.
Medizinische Vorsorge fehlt am deutlichsten bzw. ist die am schlechtesten verfügbare Dienstleistung. Sie wird zunehmend in den privaten Sektor ausgelagert und dort, wo es noch öffentliche medizinische Versorgung, gibt ist diese durch Korruption beeinträchtigt. Lange Wartelisten auf Behandlungen sind entstanden.
Auch die Energieversorgung ist vom öffentlichen in den privaten Sektor gewandert. Als Konsequenz sind wir von steigenden Preisen und Abschaltungen konfrontiert. Mit Sorge beobachten wir nun wie auch die Wasserversorgung privatisiert werden soll.
Mobilität ist für Menschen mit Armutserfahrungen ebenfalls ein Problem. Öffentlicher Verkehr ist teuer und das Verkehrsnetz mangelhaft. Die Menschen fühlen sich isoliert, und sind dazu verdammt in Ghettos zu leben.
Wohnunglose Personen haben keine Möglichkeiten persönlicher Körperpflege: keine Duschen, keine Toiletten. Roma werden in Lager ohne jegliche Infrastruktur und Zugang zu Basisdienstleistungen gedrängt.

Beispiele guter Praxis

- Lokale Beratungsgremien zur Bekämpfung von Ausgrenzung auf auf Gemeindeebene wurden in den Niederlanden aufgebaut.
- Das Projekt "eigenständig leben lernen" wurde in den Niederlanden entwickelt, um Menschen mit Lernbehinderungen zu unterstützen.
- Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Armutserfahrungen wird beispielsweise durch spezielle Tarife für die Nutzung von Sportmöglichkeiten, Bibliotheken, etc. ermöglicht. In einigen Ländern gibt es auch einen Kulturpass.
- In Belgien wurden Kooperationsprojekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Energieanbietern entwickelt, um den Zugang zu Energie zu verbessern: Verbesserung der Messgeräte, keine willkürliche Abschaltungen, ein Mindestsicherungspaket für Energieleistungen …
- Verschiedene Direktorate der Europäischen Kommission (Beschäftigung, Gesundheit, Binnenmarkt, etc.) nehmen nun an den Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen teil.
- Sozialmärkte wurden in einigen Ländern eröffnet.
- Das Europäische Parlament hat ein Gesetz für Sozialtarife in der Energieversorgung verabschiedet, das sehr praktische Auswirkungen auf NiedrigeinkommenbezieherInnen hat.
- EAPN führte im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament eine Kampagne mit 10 Forderungen durch, denen sich die Delegationen anschlossen. EAPN hat außerdem eine Kampagne für ein ausreichendens Mindesteinkommen, das allen ein würdiges Leben ermöglicht, gestartet.

Vorschläge

- Der Zugang zu Energie muss als Grundrecht in die Verfassungen geschrieben werden.
- Erneuerbare Energien können Arbeitsplätze schaffen und für Einsparungen bei traditionellen Energiequellen sorgen.
- Der Zugang zu Rechten und universalen Rechten muss gefördert werden.
- Soziale Innovation muss gefördert werden. Dabei geht es darum Menschen im Sinne einer besseren Gesellschaft zusammen zu schließen (wie z.B. im

Rahmen des EQUAL Programms). Ein neues Projekt zur Förderung sozialer Innovationen mit Fokus auf Mikro-Innovationen wird lanciert werden.
- Alle nationalen Parlamente müssen zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen; diese sollten Sitze im Parlament haben.
- Kinderbetreuungsangebote müssen ausgeweitet werden.
- Europäische Sozialpolitiken müssen mehr auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt werden.
- Informationen müssen starker verbreitet werden, damit sie die Zielgruppen erreichen.
- Das EAPN soll sich weiterhin für die direkte Teilnahme von Menschen an den Europäischen Roundtables zu Armut und sozialer Ausgrenzung einsetzen.
- Eine europäische Bürgerrechtscharta sollte entwickelt und verabschiedet werden.
- Die Zahl an ÄrztInnen im öffentlichen Gesundheitssektor muss erhöht werden.
- Gesundheit ist ein Menschenrecht und muss im öffentlichen Sektor angesiedelt bleiben.
- Es gibt nicht genug Information darüber, welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt.
- Energiearmut muss als wirkliches und ernsthaftes Problem anerkannt werden.
- Die Liberalisierung des Energiemarktes muss evaluiert werden.
- Es muss mehr an der Idee einer europäischen Verfassung gearbeitet werden: wir sind noch zu weit von einem sozialen Europa entfernt.
- Menschenrechte müssen für alle gelten.
- Die Europäische Verbraucherschutzcharta
- Wir brauchen mehr soziale Regulierung.
- Für Wohnungslose muss es Möglichkeiten persönlicher Körperpflege geben.

Empfehlungen

- Jede/r muss ein Recht auf den Zugang zu sozialen Dienstleistungen haben.
- Die Europäische Union muss mit mehr Direktiven und stärkere Kontrolle eingreifen, z.B. hinsichtlich der Energieversorgung.
- Der Zugang zu Strukturfondesmittel sollte stärkeren sozialen Auflagen unterworfen werden.
- Die Arbeit an der Europäischen Charta für Verbraucherrechte muss abgeschlossen werden.
- Gesundheit muss höchste Priorität auf der Agenda haben.
- Soziale Dienstleistungen dürfen nicht dem Profitsektor überlassen werden.
- Eine Europäische Charta der BürgerInnenrechte muss entworfen werden.
- Menschen mit Armutserfahrungen müssen als Menschen nicht als KlientInnen gesehen werden.

FINANZIELLE TEILHABE

Kommentare aus den Workshops

- Geld ist fürs Leben zentral; ohne Geld kann man gar nichts machen. Die Sozialleistungen sind zu niedrig.
- Alle ArbeitnehmerInnen sollten an den Gewinnen beteiligt werden. Es gibt eine wachsende Zahl an armutsbetroffenen ArbeitnehmerInnen, die von den Gewinnen nicht profitieren.
- Der Mindestlohn ist zu niedrig: einige Menschen können nicht arbeiten, weil die Löhne zu niedrig sind: Man muß schließlich für Kinderbetreuung, Transport und Nahrung aufkommen …
- Für die Basisausgaben braucht man in Österreich ein Budget von rund 1.222 Euro im Monat, 1.900 Euro würde das ideale Budget betragen.
- Für armutsbetroffene Personen ist es sehr schwer, einen Kredit zu bekommen. Wir werden von Pontius zu Pilatus geschickt.
- Wir werden aufgefordert mehr zu konsumieren, also machen wir auch mehr Schulden.
- Basisdienstleistungen werden privatisiert. In Deutschland muss man zum Beispiel eine Abgabe von 10 Euro bezahlen, bevor man überhaupt einen Arzt sieht.
- Finanzielle Ausgrenzung ist ein globales Problem. Wir wollen finanzielle Teilhabe.
- So lange es finanzielle Ausgrenzung gibt, gibt es keine Würde.
- Es ist unglaublich, dass manche Länder reich sind, aber kein Geld für Armutsbetroffene haben. Es geht nicht um finanzielle Fragen, sondern um eine Haltung.
- Es ist schwer, in einer reichen Region in Armtu zu leben.
- Das große Problem finanzieller Ausgrenzung sind die Häuserpreise. Du musst 90% deines Einkommens nur für ein Dach über dem Kopf ausgeben.
- Ein Arbeitsplatz schützt nicht vor der Krise. Die Mittelklasse verkauft ihrer Häuser, drängt in den Mietwohnungsmarkt und verdrängt dabei Armutsbetroffene.
- Keine Bankkarte zu besitzen ist eine Art der sozialen Ausgrenzung.
- Man braucht ein Bankkonto, um eine Sozialleistung ausbezahlt zu bekommen, aber so ein Konto kostet Geld. Wir bezahlen, um die Sozialhilfe bekommen zu können.
- Die Pensionen sind zu niedrig, um ein Leben in Würde zu ermöglichen.
- Das Kreditsystem macht die Leute kaputt.
- Ohne fixe Adresse und offiziellen Identitätsnachweis hast du kein Recht auf ein Bankkonto.
- Für AlleinerzieherInnen-Familien ist es schwer, finanziell unabhängig zu sein.
- Ich habe zehn Jahre zum Mindestlohn gearbeitet und nicht genug in den Krankenversicherungsfond eingezahlt. Meine Schulden türmen sich, durch die Zinsen wird es immer schlimmer. Jetzt habe ich einen Job und kann meine Schulden abzahlen.
- Ich habe meinen Job aufgrund meiner Schulden verloren. Die Bank hat versucht auf illegale Weise an ihr Geld zu kommen, und aus diesem Grund habe ich meinen Job verloren.
- Man macht Schulden, weil das Mindesteinkommen so niedrig ist, ungefähr 100 Euro im Monat. Die Miete beträgt ungefähr genauso viel und wenn du die Miete bezahlst, bleibt kein Geld für die anderen Dinge, die man für ein würdiges Leben braucht.
- Ich wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil ich meine Schulden nicht zurück zahlen konnte. Die Polizei hat mich in meiner Wohnung vor den Augen meiner fünfjährigen Tochter verhaftet. Meine Tochter wurde wegen 80 Euro traumatisiert.
- Vor einigen Wochen wurde ein Kind in einem Einkaufszentrum zurückgelassen. Die ganze Stadt hat nach der Familie gesucht, Fotos wurden aufgehängt. Nach drei Wochen kam der Vater zurück. Er sagt, er hätte gehofft, dass das

zurückgelassene Kind von einer nette Familie aufgenommen werde und dort eine besser Zukunkt bekomme.
- Wir brauchen ein Mindesteinkommen, das uns ein Leben in Würde ermöglicht.

Erkenntnisse

Finanzielle Teilhabe inkludiert den Zugang zu Bankdienstleistungen. In den meisten Mitgliedsländern können Menschen, die in Armut leben, kein Bankkonto eröffnen und keine Kredit bekommen, unter anderem weil dafür eine fixe Adresse, ein Identitätsnachweis und ein regelmässiges Einkommen nötig ist.

Menschen die Geld leihen oder Zahlungsrückstände haben, geraten in einen gefährlichen Kreislauf in dem immer mehr Schulden angehäuft werden. In einigen Fällen kann dieser durch Vermittlung zwischen dem oder der SchuldnerIn und seinen bzw. ihren Gläubigern durchbrochen werden. In anderen Fällen werden Gerichte eingeschalten und es kommt zu oft überproportional hohen Strafen, bis hin zu einer Gefängnisstrafe für die Nichtrückzahlung von Schulden.

Zentrales Problem im Hinblick auf die Reduzierung finanzieller Ausgrenzung ist das niedrige Einkommen von Menschen mit Armutserfahrungen, sofern diese überhaupt ein Einkommen haben. Dies trifft auch auf niedrige Sozialleistungen zu, die in einigen Fällen nicht einmal zur Bezahlung der Miete reichen.

Der Zugang zu Krediten wird in einigen Mitgliedsstaaten durch NGOs, Genossenschaften oder Mikrokreditorganisationen ermöglicht.

Beispiele guter Praxis

- In Ungarn gibt es Unterstützungsstrukturen zur Bekämpfung finanzieller Ausgrenzung
- In einigen Ländern gibt es Kommittees zur Bewältigung von Schulden, aber nicht alle arbeiten effektiv. In Frankreich können diese Ratenrückzahlungen anordnen oder nach Bestätigung durch ein Gericht die Schulden erlassen. In Ungarn dauert dieser Prozess sehr lange (6 Jahre) und es entsteht dabei ein gefährlicher Kreislauf: die Betroffenen finden keinen Job, müssen von Arbeitslosenunterstützung leben und es kommt zu einer Anhäufung von Problemen.
- In Frankreich und Ungarn wurden soziale Lebensmittelgeschäfte eröffnet, die direkt von den Produzenten beliefert werden.
- In Norwegen kann das Sozialamt für SozialhilfebezieherInnen ein Konto eröffnen.
- In Portugal ermöglicht ein neues Gesetz Unterstützung für MieterInnen. MieterInnen mit niedrigem Einkommen müssen nur die Hälfte der Miete bezahlen, die andere Hälfte übernimmt die Regierung.
- In Portugal gibt es ein Programm, in dem ältere Menschen Zimmer zu sehr günstigen Preisen an Studierende vermieten und im Gegenzug Hilfe im Haushalt bekommen.
- In Litauen wird ein Gesetz vorbereitet, das Menschen mit Einkommensverlusten eine Stundung ihrer Schuldenrückzahlungen ermöglicht.
- Mikrokreditangebote bewähren sich in Frankreich, Rumänien und Polen. Auch in Italien soll ein entsprechendes Angebot etabliert werden.
- Schuldenmediationsangebote stehen Familien mit Schuldenproblemen in Belgien zur Verfügung.
- NGOs unterstützen Menschen bei ihrer Budgetplanung.
- Finanzmanagement wurde in die Lehrpläne einiger Schulen aufgenommen.
- Es gibt Projekte, die Personen beim Schritt in die selbständige UnternehmerInnentätigkeit unterstützen.

Vorschläge

- Schulen müssen Kindern finanzielle Bildung bieten
- Mikrokreditangebote sollten von lokalen Behörden gefördert und garantiert werden.
- Unternehmensgewinnen sollten umverteilt werden.
- Schuldenberatungszentren sollten Unterstützung bekommen.
- Es sollte eine Höchsgrenze an Zinsen, die verlangt werden können, eingeführt werden.

Empfehlungen

- Anhebung der Mindesteinkommen
- Entwicklung genossenschaftlicher Programme
- Finanzmanagement-Unterricht in Schulen
- Ein Bankkonto muss für alle verfügbar sein.

Entwurf

Botschaften aus den Workshops

Nach den Workshops kamen die Delegierten in Ländergruppen zusammen um Schlussfolgerungen aus den Diskussionen zu ziehen und sich auf eine Botschaft/Forderung für das nachfolgende Plenum zu einigen.

Österreich

- Eine garantierte Mindestsicherung die zum Leben reicht
- Energieversorgung für alle durch erneuerbare Energien
- Es bleibt die Frage, warum sich die Dinge trotz allen Einsatzes verschlechtern.

Belgien

- Der Bau von Sozialwohnungen muss beschleunigt werden
- Es braucht klare Kriterien für Wohnfragen
- Die EU Verbrauchercharta muss vom Europäischen Parlament ratifiziert werden.
- Wasser muss eine Dienstleistung bleiben.

Bulgarien

- Die Kluft nimmt zu, Sozialpolitik muss auf Solidarität bauen
- Partizipation aller BürgerInnen

Tschechische Republik

- Es braucht Codes of Conduct für die Kreditvergabe.
- Mindesteinkommen müssen zum Leben reichen.
- Menschen mit Armutserfahrungen sollten nicht in Orten der Ausgrenzung, also in Ghettos, leben müssen.

Zypern

- Wohnraum für alle.
- Dienstleistungen sind von sehr unterschiedlicher Qualität.
- Politische Maßnahmen müssen darauf abzielen die Armut zu beseitigen.
- Die Kommission muss gegenüber Staaten hinsichtlich deren Wohnpolitik, der Verbesserung von Basisdienstleistungen und einem Mindesteinkommen für alle BürgerInnen tätig werden.

Dänemark

- Das öffentliche Gesundheitssystem muss verbessert werden.
- Es braucht eine offizielle Armutsgrenze.
- Wohnraum muss günstiger zur Verfügung stehen.
- Es braucht Unterstützung für arbeitslose Menschen, die Wohnmöglichkeiten suchen.

Finnland

- Wohnmöglichkeiten für alle müssen geschaffen werden.
- Die Verwaltung muss vereinfacht werden: Es braucht One-Stop-Shops.
- Die Gäste des Treffens sollen sich an den Diskussionen beteiligen.

Deutschland

- In allen Mitgliedsländern müssen soziale Standards entwickelt werden.
- Wir fordern mehr Transparenz hinsichtlich der Folgewirkungen des Europäischen Treffens.

Griechenland

- Zugang zu Sozialdienstleistungen für alle.

- Die Etablierung von Mindestsicherungssystemen um ein würdiges Leben in allen Mitgliedsstaaten zu unterstützen.
- Wohnmöglichkeiten für alle.
- Die Gewährung der griechischen Staatsbürgerschaft für alle MigrantInnen zweiter Generation.

Ungarn

- Zugang zu Energie: Sozialtarfie und keine Abschaltung
- Korrekte Informationen über soziale Rechte
- Die Einführung einer Mindestsicherung, die ein Leben in Würde ermöglicht.

Irland

- Die Nutzung leerstehender Häuser
- Überschuldung ist ein europäisches Problem, hat vielfältige Gründe und führt zu ernsthaften Problemen; deshalb müssene effektive Programme entwickelt werden.

Italien

- Menschen mit Armutserfahrungen möchten nicht länger Menschen mit Armutserfahrungen" sondern "BürgerInnen, die vorübergehend in Not sind" genannt werden
- Basisdienstleistungen müssen garantiert werden.
- Partizipation
- In Armut geboren zu werden soll kein lebenslängliches Schicksal bedeuten
- Respekt für alle
- Alle sollen an der Entwicklung einer besseren Gesellschaft teilhaben.

Litauen

- In Dörfern stehen viele Häuser leer.
- Die Energiepreise sind hoch und steigen weiter. Elektrizität ist ein Grundbedürfniss und kein Luxusgut.

Luxemburg

- Wir wollen über die Fortschritte, die zwischen 2009 und 2010 erzielt werden, informiert werden.
- Das Wissen über Armut soll in Schulen vertieft werden.

Malta

- hohe Mieten stehen in keinem Verhältnis zu Einkommen
- Einkommensprobleme
- Grundbedürfnisse (Gesundheitsversorgung) werden nicht erfüllt, öffentliche Krankenhäuser hben eine lange Wartelist und private Kliniken sind teuer.
- Energie ist teuer.
- Die Migration nach Malta nimmt zu, nicht alle können unterstützt werden
- 2010 müssen wir unser Fortschritte feiern und dürfen keine Rückschritte machen.

Niederlande

- Alle BürgerInnen Europas verdienen ein anständiges Leben mit guten Wohmöglichkeiten, guter Gesundheit und einem anständigem Einkommen.
- Allen Kinder muss es ermöglicht werden, ihr Potential zu entwickeln.

Norwegen

- Eine nationale Kampagne gegen Schuldeneintreiber muss gestartet werden.
- Die Kosten für die Anbindung an die Stromversorgung müssen gesenkt werden.
- Appellieren wir an die Medien

Polen

- Gegenseitiges Verständnis
- Jede/r möchte ein anständiges Leben leben und ein zu Hause haben.

- Beamte sind korrupt.
- Es gibt zu viele leere Häuser.
- Der Staat muss umfassende Konzepte bezüglich tschechischer MigrantInnen entwickeln.

Portugal

- Mieten und Einkommen klaffen auseinander.
- Es braucht einen Sozialfonds für Mindesteinkommen.
- Leere Häuser müssen übernommen und Ghettos vermieden werden.

Rumänien

- Ein angemessenes Mindesteinkommen für alle muss garantiert werden, damit sich niemand zwischen Gesundheit und Wasserversorgung entscheiden muss.
- Eine Wohnung zu finden ist ein Luxus. Sozialwohungen stehen nur in Substandard-Qualität oder gar nicht zur Verfügung.

Slowakei

- Ein anständiges Mindesteinkommen aus Sozialleistungen muss garantiert werden
- Nationale Regierungen berücksichtigen die nationale Situation zu wenig, die Europäische Regierung muss hier mit Direktiven eingreifen.

Spanien

- MinisterInnen müssen in Sachen Sozialpolitik zusammenarbeiten. Soziale Angelegenheiten müssen in allen Politiksphären behandelt weerden.
- Es braucht konkrete Ziele und Strategien für mehr Partizipation.
- Wir haben noch einen langen Weg vor uns aber wir bewegen uns vorwärts.

Schweden

- Es braucht eine politische Entscheidung auf europäischer Ebene: Menschenrecht für alle Menschen.
- Menschen mit Armutserfahrungen brauchen Empowerment und Geld, damit sie sich selbst aus der Armut helfen können.

Vereinigtes Königreich

- Warum werden Menschen wegen Schulden ins Gefängnis gesperrt?
- Es braucht ein angemessens Einkommen für alle.

Im Dialog

Nach der Präsentation der Schlussfolgerungen aus den Workshops durch die Delegationen der einzelnen Länder im Plenum folgte eine Diskussion zwischen den Delegierten und ihren Gästen, darunter der EU Kommisar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimir Spilda, der tschechische Vizeminister für Menschenrechte und nationale Minderheiten Czeslaw Walek, Brigitte Weinandy als Vertreterin des Social Protection Committees, der Direktor für Soziale Eingliederung im spanischen Ministerium für Gesundheit und Sozialpolitik Carlos Mato und der EAPN-Präsidenten Ludo Horemans.

Reaktionen

Die deutsche Delegation betonte, dass sie nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch für alle anderen um Veränderungen kämpfe. Die Delegierten fragten, welche Maßnahmen getroffen worden waren, um die Resolutionen früherer Treffen umzusetzen und was generell nach den Treffen damit passiere. Dabei wiesen sie auch auf die Notwendigkeit nationaler Treffen in allen Mitgliedsländern hin.

Auch die TeilnehmerInnen aus Luxemburg erkundigten sich nach erreichten Fortschritten. Von solchen zu hören, würde ein wichtige Motivation fürs Weitermachen sein. "Wenn wir hierherkommen, versuchen wir verschiedene Ebenen miteinander zu verbinden. Wir sitzen hier, weil wir in unseren Ländern an diesen Fragen arbeiten. Wir müssen Resultate nach Hause bringen."

Von einem Mitglied des Social Protection Committees wurde in diesem Zusammenhang betont, dass ohne diese Treffen 2010 niemals zum Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen worden wäre.
Menschen mit Armutserfahrungen müssten starker in die Entwicklung nationale Aktionspläne zur sozialen Eingliederung einbezogen werden.

Aus Sicht der niederländische Delegation werde die Wirtschaftskrise als Ausrede benutzt, um nichts für Armutsbetroffene zu tun. Die Delegierten forderten die Rücknahme der Energieversorgung in den öffentlichen Sektor und die Aufnahme von ArmutsexpertInnen in das Social Protection Committee.

Ein französischer Gast wies darauf hin, dass Vollbeschäftigung seiner Meinung nach nicht länger als Lösungsmöglichkeit in Frage käme. Eigeninitiative im Hinblick auf Beschäftigungsmöglichkeiten sollte u.a. durch Mikrokredite gefördert werden, Mikrokredite wären auch in Europa ein Thema, da sie auch Banken mit ins Spiel bringen und neue Möglichkeiten eröffnen. Dialog und ein Aufeinanderhören ist dabei von großer Bedeutung.

Die TeilnehmerInnen aus Italien brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, "mehr Europa" in den Mitgliedsstaaten zu spüren. Dies sei auf doppelte Weise zu verstehen. Zum einen müsse die Europäische Union die Mitgliedsländer verstärkt bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unterstützen. Andererseits brauche es auch besseres Monitoring hinsichtlich der Aktivitäten der Mitgliedsländer. Die Situation in Italien sei nicht länger tolerierbar: aus dem Kampf gegen Armut ist ein Kampf gegen die Armen geworden. Dabei wurde besonders auf die Verletzung von Grundrechten von MigrantInnen hingewiesen. Italien nimmt viele MigrantInnen auf, weist jedoch auch ganze Boote voller MigratInnen ab oder steckt diese in Camps, deren Bedingungen der Genfer Konvention widersprechen. Die Regierung missachtet diese Konvention und schadet dem Bild Europas, das ein Garant für die Einhaltung der Menschenrechte sein muss. Die Delegierten forderten von der Europäischen Union, sich auf dem Gebiet der Migrationspolitik starker einzubringen.
Sie berichteten auch davon, dass das italienische Parlament erst wenige Tage zuvor ein Gesetzt verabschiedet hatte, um wohnungslose Personen zukünftig in einem Register zu

erfassen. Roma-Gemeinschaften sind von dieser Art Registrierung bereits betroffen, jetzt trifft es auch alle Wohnungslosen.
Europa müsse politisch aktiv werden, Kontrolle und Sanktionen verhängen, vor allem wenn Roma zwangsweise in Lager untergebracht werden.

Abschlussreden

Vladimir Spilda, Europäische Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit

Es gibt keine Alternative zum bisherigen Weg hin zu einem Europa das größere Chancengleichheit bietet und dabei niemanden außen vor lässt.
Ich möchte besonders drei Punkte erwähnen bezüglich der Art und Weise, wie wir diese Herausforderungen meistern sollten:
Erstern müssen wir die am stärksten gefährdeten Gruppen in der aktuellen Krise unterstützen. Wir sehen uns derzeit radikal veränderten Umständen ausgesetzt. Von der Kommission veröffentlichte aktuelle Vorhersagen prognostizieren dass die Krise sehr ernst ist und lange andauern wird. Die Kommission geht davon aus, dass die ökonomische Rezession zu einem Arbeitsplatzverlust von 8,5 Millionen führt. Die Mitgliedsstaaten und die Kommisison haben bereits mit Krisenpaketen regaiert. Milliarden von Euros wurden in die Rettung des Bankensektors investiert, um die Ökonomie wieder in Schwung zu bringen und Arbeitsplätze zu erhalten. Seitens der Kommission wird auch vom einem Anstieg der Ausgaben für Sozialleistungen ausgegangen, und zwar um rund 3 Prozentpunkte des BIP in den nächsten zehn Jahren.
Jenseits dieser irritierenden Daten, ist es noch stets schwierig, den Preis, den einzelne Menschen für diese Krise bezahlen müssen, abzuschätzen. Junge Menschen, ältere ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen trifft es als erste. Mehr und mehr sind jedoch auch neue, bisher kaum gefährdete Gruppen betroffen.
Steigende Arbeitslosigkeit bedeutet, dass Menschen ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können und gepfändet werden. Andere haben unbewältigbare Schulden angehäuft oder es wurden ihnen Darlehen verweigert. Das Risiko, dass es erneut zu einer großen Zahl an Langzeitarbeitslosen kommt, ist hoch. Frühere Krisen haben gezeigt, dass es für jene, die lange vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben, schwer ist wieder im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Wir müssen energische Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass alle BürgerInnen, auch die am stärksten gefährdeten und verletzlichsten, trotz Krise im vollen Ausmaß an der Gesellschaft teilhaben können. Das hängt auch davon ab in wie weit jede und jeder in der Lage ist eine Arbeitsplatzmöglichkeit zu ergreifen, wenn diese sich bietet. Unterstützung für den Wiedereinstieg in den Arbeitmarkt und Einkommenssicherung durch Arbeitslosenversicherung und Mindestsicherungssysteme spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie reichen als Maßnahmen jedoch nicht aus, um ein würdiges Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Menschen müssen in der Lage sein, sich ein Dach über dem Kopf und Gesundheitsversorgung leisten zu können, mobil zu sein und Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistunen zu haben.
Tragischerweise haben noch stets viele Menschen Schwierigkeiten eine Wohnmöglichkeit zu finden. Anderen haben Probleme bei ihren täglichen Einkäufen oder bei der Auszahlung ihrer Löhne, weil sie über keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen verfügen. Die persönlichen Geschichten, die ich dieser Tageg erhört habe, bestärken mich in der Ansicht, dass wir die Armut an mehreren Fronten bekämpfen müssen, und dabei nicht zuletzt Schwerpunkte auf zentrale Fragen des Wohnens, der Bildung, finanzieller Teilhabe und dem Zugang zu Dienstleistungen zu setzen sind.

Als zweiten Punkt möchte ich anführen, dass wir weiterhin Maßnahmen gegen Armut mit Aktivitäten zur Reduzierung der Ungleichheit im Hinblick auf den Lebensstandard in den Mitgliedsstaaten verbinden müssen.

Die Europäische Union hat gerade einen neuen Armutsindikator verabschiedet, der sich auf den Lebensstandard bezieht. Dieser Indikator soll jene erfassen, deren Alltag negativ durch einen Mangel an Ressourcen bestimmt wird. Menschen, die beispielsweise, nicht genug Geld haben, um ihre Miete oder andere fällige Rechnungen zu bezahlen, zu heizen, oder unerwartete Ausgaben abzudecken, gelegentlich Fleisch zu essen, eine Waschmachien oder ein Auto anzuschaffen.

Gemäß diesem neuen Indikator leben im Schnitt 16% aller EuropäerInnen unter schwierigen Bedingungen. In Polen, Lettlan und Litauen betrifft dies über 40% der Bevölkerung. Diese Menschen werden die Auswirkungen der Krise umso härter zu spüren bekommen.

Der Indikator zeigt die hartnäckig bestehenden Unterschiede hinsichtlich des Lebensstandards in den Mitgliedsländern auf. Das ist eine wichtige Erinnerung daran, dass die Europäische Union eine stärkere Rolle spielen muss, wenn es um die Förderung stärkeren ökonomischen, sozialen und territoralen Zusammenhalts innerhalb ihrer Grenzen geht.
Unsere Armutsbekämpfungspolitiken müssen fest in ein umfassendes politisches Programm sozialen Zusammenhalts eingebettet sein.

Zuletzt möchte ich die Notwendigkeit unterstreichen, dass alle in die Bewältigung von Armut einbezogen werden müssen. Die Jahre vergehen, aber unsere Botschaft verliert nichts an Gültigkeit. Menschen mit Armutserfahrungen haben das Recht, ihre Stimme zu erheben und diese Stimmen müssen gehört werden.

Der "Reality-Check", den dieses Treffen, das nun zu Ende geht, bedeutet, ist von zentraler Bedeutung. Wir setzen darauf, dass alle Beteiligten gemeinsam dafür sorgen, dass das Europäische Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 uns einen großen Schritt in Richtung Beseitigung dieser Plage weiterbringt.

Im weiteren Dialog mit den Delegierten erklärte Kommissar Spidla:

Es ist ein wichtiges Anliegen der Europäischen Strategie, das in allen Dokumenen zum Ausdruck kommt, dass die Krise nicht als Entschuldigung für den Abbau von sozialen Sicherheitssystemen und Angriffe auf die am stärksten betroffenen Gruppen benützt werden darf. Dies wird als Teil jeder Strategie und in jedem Dokument, das von der EU veröffentlicht wurde, betont.
Was den Bankensektor betrifft, wurden alle erdenklichen Maßnahmen zur Stabilisierung des Systems empfohlen.
Hisichtlich der Kosten der Finanzierung der sozialen Sicherheit wird ein Anstieg von 3% bzw. 10 Milliarden Euros, die für bedürftige Personen zur Verfügung zu stellen sind, erwartet.
Ich stimmen Ihnen dabei zu, dass hier eine Balance zu finden ist und die notwendigen Mittel freigemacht werden müssen. Sie haben dies im Zusammenhang mit den Banken erwähnt, und klarerweise sind auch soziale Aspekte zu berücksichtigen.

Er glaube, so Spidla in seinen weiteren Ausführungen, dass die Diskussionen klar zeigen, dass es in unseren reichen Ländern nach wie vor Armut gibt. Tragischerweise wird dieses Problem in absehbarer Zeit nicht verschwinden. Ich versichere Ihnen, dass wir uns dieses Problems bewusst sind und dass wir Sie ungeachtet der Grenzen unserer Kompetenz auf diesem Gebiet, weiter unterstützen werden.

Lassen Sie mich auch betonen, dass ein Großteil dessen was zum Thema Energie und Energiesicherheit diskutiert und in unseren Dokumenten zum Ausdruck kommt, den Inhalten Ihrer Diskussionen entspricht. Diese Dokumenten sind von großer Bedeutung, weil sie ein zentrale Problem beschreiben und sie verdienen uneingeschränkte Aufmerksamkeit.

Wir verfügen über eine Europäische Strategie de sozialen Eingliederung die auch das Konzept von Mindestsicherungssystemen beinhaltet. Hier müssen wir meiner Ansicht nach weiterarbeiten. Speziell im Horizont des Jahres 2010 muss diese Frage höchste Priorität auf der Agenda bekommen. Was wir brauchen, um dieses Problem zu lösen. ist politischer Wille und Einfluß.

Aus den Dokumenten zur Krise wird auch eutlich, dass die Kommission sich bemüht die Mitgliedsstaaten dabei zu unterstützen die sozialen Auswirkugnen der Wirtschafts- und Finanzkrise einzudämmen. Das ist uns in jedem Fall ein wichtiges Anliegen, auch wenn unser Spielraum im europäischen Kontext oft eingeschränkt ist.

Wir brauchen starke politische Unterstützung und ich erwarte, dass die Schlussfolgerungen und Resultate dieses achten Treffens der Verstärkung unserer Anstrengungen dient.

Der Großteil der Diskussionen findet auf Ebene der Mitgliedsländer statt, die Europäische Union hat jedoch, wie ich glaube, immer einen gewissen Handlungsspielraum. Sie hat im Rahmen der Vorgaben des Vertrags die Möglichkeit Mindestanforderungen einzuführen. Auch die Methode der Offenen Koordinierung muss besser genutzt und gestärkt werden, und es gilt die Mittel der Europäischen Fonds zu nutzen.

Wie ich bereits angeführt habe, ist die Frage der Energiearmut von besonders hoher Wichtigkeit und ich werde dieses Thema in meine zukünftigen Arbeit keinesfalls ignorieren.

Czeslaw Walek, Vizeminister für Menschenrechte und nationale Minderheiten der Tschechischen Republik

Ich denke, der Sinn dieses Treffens kann sich nicht im Finden von Lösungen für Ihre Probleme erschöpfen. Ich habe die Frustration gespürt, die zum Ausdruck kommt, weil wir keine Lösungen für Ihre Probleme finden.
Treffen wie dieses müssen auch auf nationaler Ebene organisiert werden, jede der behandelten Fragen muss zunächst auf nationaler Ebene angegangen werden. Mein besonderes Interesse gilt dabei dne Fragen der Überschuldung. Unser Ministerium hat bereits damit begonnen, sich einen besseren Überblick in die Frage des Umgangs mit diesem Problem der Überschuldung zu verschaffen. In Zukunft werden wir hier stärker mit dem Ministerium für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten zusammenarbeiten und ich hoffe, dass es uns gelingt, die Gesetzgebung so zu verändern, dass eine Schuldenregulierung für tschechische BürgerInnen ermöglicht wird.

Wie ich schon mehrmals betont habe, liegt der wichtigste Beitrag dieser Art von Konferenzen darin, darauf zu hören, was Menschen mit Armutserfahrungen zu sagen haben, jenen Menschen für die Armut alltägliche Realität ist.
Ich haben in diesen beiden Tagen viele persönliche Geschichten gehört und ich kann mir vorstellen, dass es viel Mut erfordert, diese Erfahrungen in einer großen Konferenz mitzuteilen und auch, dass es wahrscheinlich Frustration erzeugt, wenn Sie von Ihrem GEgenüber nicht jene Reaktionen erhalten, die Sie erwarten.
Für mich persönlich war es von zentraler Bedeutung Ihre Geschichten zuhören, denn sie geben mir ein besseres Verständnis Ihrer Realitäten. Im Zuge meiner Aufgabe bin ich immer wieder mit jenen Wohnvierteln beschäftigt, in denen in erster Linie Roma leben. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die Maßnahmen, die wir unserer Regierung zur Umsetzung vorschlagen, nicht nur auf Minderheiten sondern auf alle in Armut lebenden Personen abzielen sollten.
Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch auf das Problem des Extremismus richten. Ich denke, dass Armut zu Extremismus führen kann. Die Krise die wir derzeit durchleben, könnte einen hohen Tribut verlangen.

Die beste Reaktion besteht meiner Meinung nach hier darin, Menschen ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Ich sehe im Extremismus eine wirkliche Bedrohung, eine Plage, die wir in Zukunft verstärkt bekämpfen werden müssen. Die unterschiedlichen Staaten müssen einen angemessenen Umgang mit extremistischen Reaktionen finden und Wege, extremistische Bewegungen aufzulösen.
Sie müssen jedoch auch alles dafür tun um Armut und soziale Ausgrenzung zu beseitigen, inbesonders in Zeiten einer Wirtschafts- udn Finanzkrise, in der extremistische Tendenzen zunehmen.

Viele TeilnehmerInnen haben ihre Enttäuschung über den Mangel an Information hinsichtlich der erzielten Fortschritte geäußert. Dem wird insofern Rechnung getragen als die Ergebnisse dieses Treffens beim Roundtable im Herbst in Schweden präsentiert werden. Es versteht sich von selbst, dass nicht all die Probleme, mit denen Sie konfrontiert sind, in einem Set-up wie diesem bewältigt werden können. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir uns diese Probleme anhören, um dann zu beginnen, nach neuen Lösungen zu suchen. Das Treffen in Schweden sollte dabei eine Hilfe sein.
Ich begrüße auch die Entscheidung Spaniens ein neuntes Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zu organisieren.
Die tschechische Ratspräsidentschaft wird sich für die Partizipation von Menschen mit Armutserfahrung an der Suche nach Auswegen aus der Armut einsetzen. Dabei ist es essentiell auch auf nationaler Ebene entsprechende Debatten zu organisieren. In vielen Ländern wird dies bereits diskutiert, aber in der Tschechischen Republik haben wir hier noch keine wirklichen Fortschritte gemacht. Unsere Beteiligung an diesem Treffen hat jedoch die Abhaltung ähnlicher Treffen in der Tschischen Republik angeregt.

Brigitte Weinandy, Social Protecton Committee

Die Teilnahme mehrere Mitglieder des Social Protection Committees an diesem Treffen unterstreicht die Bedeutung, die wir als Social Protection Committe dem beimessen, was Sie zu sagen haben.
Ihre Schlußfolgerungen sind weitreichend und gehen über die soziale Sphäre hinaus und ich kann nicht alle davon im Detail kommentieren.
Während einem der letzten Treffen des Social Protecton Committes betonte Jerome Vignone, einer der Direktoren in der Generaldirekton für Beschäftigung der Europäischen Kommission, dass "die soziale Dimension nicht durch Sozialpolitik alleine erreicht werden kann". Die folgenden Worte, die ich an Sie richten möchte, sind im Licht dieses Statement zu verstehen.

Die Arbeit und Diskussionen des Social Protection Committees beinhalten zunehmend mehr das sogenannte "Impact Assessment" (= Wirkungsanalyse) politischer Maßnahmen. Das bedeutet, dass die zu erwartenden sozialen Auswirkungen einer sozial- oder anderen politischen Maßnahmen analysiert werden müssen, bevor eine bestimmte Maßnahme formuiert wird. Dabei handelt es sich um ein wirkmächtiges Instrument das dazuführen kann, dass politische Maßnahmen zukünftig besser den von Ihnen geäußerten Erwartungen entsprechen. Es wäre daher nützlich, wenn Sie sich in Ihren Schlußfolgerungen darauf beziehen könnten.

Ich möchte nun kurz auf die Anmerkungen einiger Delegtionen eingehen, insbesonders hinsichtlich des Mangels an Follow-up. Ich möchte darauf antworten, weil ich denke, dass es zumindeset aus Sicht des Social Protection Committees einige Punkte gibt, die mich zu einer etwas weniger pessimistischen Sichtweise veranlassen. So wurden beispielsweise im Rahmen ihres Treffens im Jahr 2008 Fragen des Wohnen und des Zugangs zu Basisdienstleistungen zur Sprache gebracht. Zu den Basisdienstleistungen wurden richtigerweise auch soziale Dienstlesitugnen gezählt und auch die Bedeutung eines gerantierten Mindestsicherungssystems wurde besprochen.

In all diesen drei für Sie zentralen Bereichen wurde weitergearbeitet und es wurden Fortschritte erzielt. Im Bereich des Wohnens beispieslweise, müssen alle Mitgliedsländer bis Juni 2009 ein politischen Maßnahmenplan abgeben und in Beantwortung eines Fragebogens des Social Protection Committees darlegen, was sie tun, um den Zugang zu und die Qualität von Wohnraum zu verbessern. Die Antworten auf diesen Fragebogen werden von Social Protection Committee evaluiert. Ziel dieser Evaluation ist es im Rahmen der Arbeit des Committees eine gemeinsame Sichtweise zu entwickeln, die dazu beitragen soll, in allen Mitgliedsländern effektivere politische Maßnahmen gegen Ausgrenzung im Bereich des Wohnens zu entwickeln.

Was Dienstleistungen betrifft – und im speziellen soziale Dienstleistugnen – arbeitet das Social Protection Committee gemeinsam mit der Kommission daran eine Qualitätsrahmenrichtlinie bezüglich dieser Dienstleistungen zu erstellen, die die Mitgliedsländer bei der Entwicklung von Qualitätsstandards für ihre Dienstleistungen unterstützen soll.

Schließlich haben Sie zurecht die Bedeutung eines garantierten Mindesteinkommens unterstrichen. Im Dezember 2008 hat der Europäische Rat die gemeinsamen Prinzipien der Strategie der Aktiven Eingliederung beschlossen. Diese Prinzipien beinhalten auch ein garantiertes Mindesteinkommen. Ein der Aufgaben es Social Protection Committees ist es nun eine Methodologie für ein Monitoring der partkischen Umsetzung der Prinzipien der aktiven Eingliederung in den Mitgliedsländern zu erarbeiten.
Denn es geht nicht nur um die politische Durchsetzung wichtiger gemeinsamer Prinzipien, vielmehr gilt es danach ernsthaft daran zu arbeiten, dass deutlich wird, was in Punkto Umsetzung dieser Prinzipien getan wurde.

Wir kommen langsam und nur schrittweise voran. Auch mir ist bewusst, dass BürgerInnen, die in Armut leben, nicht warten können, aber ich weiß auch, dass das Social Protection Committee zu jenen Einrichtugnen der Europäischen Insitutionen zählt, dass sich stark für diese Fortschritte engagiert.

Juan Carlos Mato, Direktor für soziale Eingliederung im spanischen Ministerium für Gesundheit und Sozialpolitik

Ein Thema, das mehrere Male auf diesem 8. Europäischen Treffen zur Sprache kam, war die Verbesserung unserer Arbeit, nicht nur bezüglich der Europäischen Treffen, auch auf nationaler Ebene. Dabei wurde auch über die Verbesserung der Rolle die die öffentlichen Behörden in dn verschiedenen Mitgliedsstaaten spielen, gesprochen, aber auch über jene der Europäischen Kommission und der Europäischen Union. Und es wurde uns gesagt, dass es eine stärkere Bündelung unserer Arbeit braucht.

Vor rund einer Woche hat EAPN Spanien ein Treffen in Spanien organisert. Einer der Teilnehmer hat sich dort mit den folgenden Worten an mich gewandt: "Sie sagen, dass Sie hier sind, um uns zuzuhören, Sie machen sich Notizen und hören mit großem Interesse für unsere Schlußfolgerungen aus verschiedenen Treffen zu, aber ich weiß nicht, was in der Folge passiert. Von einem Jahr auf das andere kann ich keine Ergebnisse sehen." Diese Worte haben mich zum Nachdenken bezüglich notwendiger Verbesserungen in meinem eigenen Land gebracht. Und ich denke, dass diese Worte auch auf unser Handeln bezüglich der Europäischen Treffen zutreffend sind.
Ich glaube aber, dass ab heute und bis zum neunten Treffen genug Zeit für uns bleibt, an diesen Fragen zu arbeiten. Ich vertraue darauf, dass die Europäische Kommission sich dem anschließt. Und ich hoffe, dass wir bis dahin in der Lage sein werden, Sie über erzielte Fortschritte und die Hindernisse, die wir zu überwinden hatten, zu informieren. Das ist eine zentrale Sache.
Wir könnenüber die Armut in den Mitgliedsländern sprechen, denn die Situation ist nach wie vor im Wesentlichen unverändert. Abgesehen von der einen oder anderen kleinen Bewegung in einzelnen Mitgliedsstaaten hat es keine radikalen Veränderungen gegeben.

In der Tat sind unsere Fragen mehr und mehr in einem internationalen Kontext der Verarmung zu sehen. Natürlich gibt es Grenzen, Versäumnisse usw., aber wir müssen uns nach wie vor, darum bemühen, zu verhindern, dass die Situation sich weiter verschlimmert.
Wir verfügen über einige Stärken, aber auch über Schwächen. Was unsere Stärken betrifft, so gilt es diese zu unterstreichen, weil sie ein zentraler Angelpunkt für die nächste Phase der Post-Lissabon-Ära sein werden. Die Ziele, die wir für alle Europäische BürgerInnen setzen werden, müssen im Zuge des Zyklus der 2010 beginnt, umgesetzt werden. In diesem Moment wird die Troika der Ratspräsidentschaften von Belgien, Spanien und Ungarn am Zug sein und diese drei Präsidentschaften werden hart daran arbeiten, gemeinsam mit dem Europäischen Rat die Vorbereitungen für die Post-Lissabon-Zeit zu treffen.
In diesem Zusammenhang werden für uns dafür einsetzen der Europäischen Union eine stärkere soziale Dimension zu geben, denn diese Dimension muss Teil der europäischen Idneität sein. Dabei geht es nicht nur um einen Referenzpunkt für die BürgerInenn Europas, sondern um eine wahre Verpflichtung für uns alle, und die uns dabei leiten muss die gesetzten Ziele, darunter auch die Millenimus Ziele, umzusetzen.

All die von Ihnen im Rahmen der Debatte eingebrachten Wortmeldungen und Schlußfolgerungen sind von zentraler Bedeutung. Die Frage der Energiepreise beispielsweise macht zentrale Probleme der Europäischen Union deutlich, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Frage der Dienstleistungen von allgemeine Interresse, sonder auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Markt und sozialem Zusammenhalt. Diese Zusammenhänge kamen deutlich zum Ausdruck und ihre Auswirkungen auf Menschen mit Armutserfahrungen wurden unterstrichen.

Im Zusammenhang mit der Frage der Dienstleistungen gab es zahlreiche Wortmeldungen zum Thema Gesundheit. Die spanische Regierung teilt die Sorge hinsichtlich dieser Fragen, aber auch im Bezug der Arbeiten die im Zuge der neuen Direktive zu Gesundheitsdienstleistungen noch ausstehen. Die in den einzelnen Mitgliesdlänern bestehenden Gesundheitssysteme, sind von zentraler Bedeutugn, wenn es um Fraugen des gerechten und leistbaren Zugangs zu Gesundheitsversorgung geht.
Dabei geht es auch um die Dimension sozialer Teilhabe bzw. Eingliederung. Wir brauchen ein Rahmenregelwerk zur Stärkung der aktive Eingliederung, die im Zuge der Krise noch zusätzlich an Bedeutun gewonnen hat.
Die schwedische, spanische und belgische Ratspräsidentschaft insistieren deshalb auf die Umsetzung der aktiven Eingliederung im Rahmen der Reaktionen auf die derzeitige Krise.

Lude Horemans, Präsident des EAPN

Viele haben nach der Weiterbearbeitung der Empfehlungen früherer Treffen gefragt. In diesem kurzen Beitrag möchte ich einige positive und negative Aspekte dieser Folgeaktivitäten früheref Treffen betonen. Zu diesem Zweck habe ich die Empfehlungen in vier thematische Gruppen zu Mindesteinkommen, Dienstleistungen, Wohnen und Partizipation gebündelt.
Hinsichtlich eines adäquaten Mindesteinkommens möchte ich im Folgenden einige positive Entwicklungen unterstreichen. Die 2008 von der Kommission verabschiedete Empfehlung zur Aktiven Eingliederung, sowie die im Dezember vom Rat verabschiedeten Prinzipien anerkennen das Recht auf ein adäquates Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. Als Konsequenz dieser Empfehlung wird derzeit ein Bericht zur Angemessenheit existierender Systeme der Mindestsicherung in den einzelnen Mitgliedsstaaten vorbereitet. Zusätzlich war auch einer der letzten Berichte des derzeitigen Europäische Parlaments der aktiven Eingliederung gewidmet und unterstützt dabei konkrete Ziele hinsichtlich der Auszahlung von Mindesteinkommen überhalb der Armutsgrenze in allen Mitgleidssaaten und die Notwendigkeit von Aktionsplänen zur Umetzung dieser Vorschläge. Das EAPN war in dieser Frage besonders aktiv, wir haben unsere Kampagne für eine angemessene Mindestsicherung weiterbetrieben

(www.adequateincome.eu) und für eine Umsetzung der Empfehlungen zur aktiven Eingliederung lobbyiert. So sehr wir den positiven Beitrag dieses Rahmenwerks auch anerkennen, so wichtig iste s auch, daauf hinzuweisen dass es in der konkreten Realität zu verschärften Bedingungen hinsichtlich des Zugangs zu Mindestsicherungssystemenkommt, die sehr negative Auswirkungen auf das Leben jener Menschen haben, die von diesen Systemen abhängig sind.

Was den Zugang und die Leistbarkeit von Dienstleistugnen betrifft, möchte ich Ihre Aufmerksamket auf das neue **EU-Energiepaket** richten, das auch auf die Frage der Energiearmut Augenmerk legt. Im Zuge dieses Pakets sind die Mitgliedsländer nun aufgefordert nationale Aktionspläne zur Reduzierung von Energiearmut vorzulegen. Zusätzlich enhält auch die Empfehlung zur aktiven Eingliederung Empfehlungen hinsichtlich des Zugangs zu Dienstleistungen, insbesondere auch im Hinblick auf soziale Dienstleistungen. Auch hier gab es einen Bericht des Europäischen Parlaments, der die Entwicklung einer Direktive zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unterstützt. Keine Reaktion hat es jedoch auf die Forderung nach einer Evaluation der Auswirkungen von Liberalisierung und Privatisierung auf den Zugang zu Dienstleistungeng ergeben, ganz im Gegenteil ist sogar die weitverbreitete Unterstützung diese politisch weiterzuverfolgen, zu bemerken.

Eine der unmittelbaren Empfehlungen des 7. Europäischen Treffens zu Fragen des Wohnens war es, ein **thematisches Schwerpunktjahr zu Fragen der Wohungslosigkeit und ungesichertem Wohnen** im Rahmen der sozialen OMK zu beschließen. Für das Jahr 2009 wurde dieser Schwerpunkt gewählt.
Eine andere Empfehlung bezog sich auf die Verwendung von **Strukturfondsmittel zur Verbesserung des Bestands an Wohnraum** und auch hier sind Fortschritte hinsichtlich der diesbezüglichen Strukturfondsvorschriften zu berichten.
Im Kontrast zu diesen positiven Entwicklungen steht jedoch die Relaität, dass der Zugang zu leistbarem Wohnraum zu einer noch größeren Herausforderung geworden ist und viel zu viel Menschen in der EU von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Darüberhinaus möchte ich auf die Zwangsräumungen von Romasiedlungen hinweisen die verheerende Auswirkungen auf deren Gesundheit und psychische und physisches Wohlergehen haben.

Eines der zentralen Ziele der Europäischen Treffen ist die Stärkung der **Partizipation.** Offensichtlich haben die Treffen als Katalysatoren für ähnliche Treffen in den Mitgliedsstaaten gewirkt und entsprechend nimmt die Zahl der Menschen mit Armutserfahrungen die an den Vorbereitungen und Nacharbeiten dieser Treffen beteiligt sind, zu.
Auf Europäischeer Ebene sind auch wichtige Entwicklungen hinsichtlich der direkten Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrungen am jährlichen Round Table zur sozialenEingleiderung zu verzeichnen, der zuletzt im Oktober 2008 in Marseille abgehalten wurde.
Im Kontext der **OMK für Sozialschutz und soziale Eingliederung** wird derzeit eine Studie zu Fagen der Partizipation und von Governance durchgeführt, als deren Resultat Leitlinien zur Stärkung der Partizipation entwickelt werden sollen.
Das EAPN hat sch im Rahmen eines Partizipationsseminars im April 2009 und mit der Publikation "Small steps, big changes" (Kleine Schritte, große Veränderungen) bemüht, weitere Schritte zur Stäkrung der dirketen Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen auch in der Arbeit des EAPN zu setzen. In vielen Mitgliedsstaaten gibt es jedoch nach wie vor kaum finanzielle Unterstützung um Partizipationsprozesse zu stärken.

Wenn wir also auch zugeben müssen, dass kaum Fortschritte hinsichtlich der Zahl an von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen in der EU gemacht wurden und gleichzeitig die durch Ungleichheit verursachte Kluft in dieser EU zunimmt, so ist doch zu betonen, dass die Europäischen Treffen Anstösse für Debatten und Vorschläge lieferten und einige dieser Vorschläge von Entscheidungsträgern auf EU-Ebene auch aufgegriffen wurden.

Ziele für das Jahr 2010

Im Zuge der Vorbereitungsarbeiten für das achte Treffen diskutierten die Delegierten der einzelnen Länder auch über Ziele für das Europäische Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.
Folgende Ziele wurden dabei genannt.

- Ein Mindesteinkommen, das ein würdiges Leben garantiert.
- Gute soziale Infrastruktur: Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehr, Information und Beratung, Kulturangebote
- Politische EntscheidungsträgerInnen, die Menschen ins Zentrum stellen.
- Ein besseres Leben für unsere Kinder und Enkelkinder.
- Jede/r, der oder die in Europa arbeitet sollte einen Lohn bekommen, der es ermöglicht, die Bedürfnisse der eigenen Familie zu decken ohne zusätzlich auf Sozialleistungen angewiesen zu sein.
- Ich wünsche mir, dass alle Mütter, deren Kinder aus unterschiedlichen Gründen von ihnen weggenommen wurden, nicht von den Gerichten schikaniert werden, sondern Jobangebote und damit auch die Möglichkeit ihre Kinder zurück zu bekommen.
- Dieser Dialogprozess (der Europäischen Treffen) muss weitergehen und in den Ländern müssen ähnliche Prozesse initiiert werden.
- Es muss ein besseres Verständnis von Armut geben.
- Austauschprogramme auf "grassroot"-Ebene müssen von der EU organisiert werden, damit Menschen mit Armutserfahrungen sich treffen und darüber austauschen können, wie ihre Gruppen arbeiten und organisiert sind.
- Viele Sozialämter kümmern sich kaum und mit wenig Aufmerksamkeit um einezlne Fälle. Menschen mit Armutserfahrungen haben es schwer für ihre Rechte zu kämpfen und es ist ein Kampf in dem die Schwächsten zum Fallen gebracht werden.
- Menschenrecht müssen zurück ins Zentrum gesellschaftlicher Ziele rücken, die auf Respekt, Würde, Solidartät und aktives Engagement der BürgerInnen basieren sollen.
- Arbeit und Ressourcen für ein Leben in Würde.
- 2010 soll ein Jahr guter Wohnmöglichkeiten und –programme für Roma und alle anderen Gruppen werdne.
- Im Jahr 2010 soll Italien die Kluft zwischen den eigenen sozialpolitischen Maßnahman und jener andere europäischer Staaten verkleinern.
- Direkter Dialog mit RegierungsvertreterInnen.
- Ein Mindestmaß an Gesundheitsversorgung.
- Anständige Wohnmöglichkeiten zu leistbaren Preisen.
- Mehr Untersützung zur Deckung der Kosten für Wasser und Elektrizität.
- Wir möchten gehört werden!
- Wir möchten volle Gleichberechtigung
- Die Renovierung von Substandard-Wohnungen.
- Das Recht auf würdigen Wohnraum.
- Menschliche Werte sind wichtiger als Geld.
- Mindesteinkommen müssen angehoben werden.
- Keine weitere Ausgrenzung von Rechten, Basisdienstleistungen und dem Zugang zu Wissen.
- Wir möchten als gleichberechtigte, selbständige Individuen behandelt und als die, die wir sind, beteiligt werden.

Einige der oben genannten Ziele wurden im Rahmen des Abschlussplenums wiederholt und in Form eines Symbols an einen Baum angebracht, der die Erwartungen für 2010 repräsentieren sollte.

- Alle müssen Zugang zu leistbarem Wohnraum haben.
- Alle BürgerInnen müssen Zugang zum Finanzsystem haben.

- Es muss Hoffnung für die Kinder von armutsbetroffenen Eltern geben, damit alle ein Leben in Würde führen können.
- Die Hoffnung, dass sozialpolitische Maßnahmen ein besseres Leben bringen.
- Es braucht soziale Lebensmittelgeschäfte
- Solidarität zwischen den Menschen.
- Soziale Apartements müssen gebaut werden.
- Eine soziale Immobilienagentur soll von NGOs eröffnet werden.
- Armut muss gemeinsam mit anderen bekämpft werden.
- Es braucht Kürzungen von Steuern und Gebühren.
- Die Kluft zwischen Einkommen und Mietpreisen muss verringert werden.
- Eine besser Verteilung des Reichtums ist notwendig.
- Die Europäische Union soll uns Sicherheit geben.
- Es braucht einen Plan zur Bekämpfung von Armut.
- 2010 müssen die Ziele erreicht werden, wir müssen vorwärtskommen. Es braucht Taten statt Worte.
- Die Regierungen müssen Menschen mit Armutserfahrungen bei der Umsetzung ihrer Ziele unterstützen.
- Die Europäische Union muss gleiche soziale Rechte in allen Mitgliedsländern garantieren.
- Unsere Stimmen sollen gehört werden.
- Wir brauchen unmittelbare Lösungen für unsere Probleme.
- Unsere Wünsche und Hoffnungen müssen an die nächste Generation weiter gegeben werden. Es geht darum, unseren Traum von einer besseren Welt zu teilen, damit wir mit Vertrauen in die Zukunft gehen können.
- Guter Zugang zu Dienstleistungen und mehr Chancengleichheit sind notwendig.
- Es braucht günstig Energiequellen, um damit Unternehmen zu betreiben, die Arbeitsplätze schaffen.
- Alle BürgerInnen haben das Recht auf ein Heim. Gleiche Rechte für alle.
- Das Recht auf Wohnen für alle.
- Zugang zu Wasser für alle.
- Energie für alle.
- Menschen müssen im Zentrum aller Gesellschaftsmodelle stehen.
- Mindestsicherungssyteme müssen in alen Mitgliedsländern umgesetzt werden.
- Es braucht den Austausch zwischen europäischen Organisationen.
- SozialarbeiterInenn müssen besser für den Umgang mit KlientInnen ausgebildet werden.
- Mediationsangebote müssen entwickelt werden.
- 2010 soll eine Konferenz organisert werden, die für ein besseres Verständnis von Armut sorgt.
- Es braucht mehr Impulse für Prozesse der Armutsbekämpfung.
- ArbeitnehmerInnen müssen in ganz Europa genug veridenen, um ihre Familie zu erhalten.
- Das Zypern-Problem muss gelöst werden.
- Alle Europäischen Politiken müssen Gerechtigkeit, Maßnahmen gegen Armut und ein hohes Maß an Wohlergehen garantieren.
- Das Ziel der Beseitigung von Armut muss für 2020 erneuert und mit klaren Indikatoren zur Messung des Fortschritts versehen werden.
- Die OMK muss zur Anwendung kommen.
- Es geht um Leben, nicht ums Überleben.
- Wir brauchen Verbesserungen im täglichen Leben.
- Wir brauchen anständige Wohnmöglichkeiten.
- Es braucht den garantierten Zugang zu Bankdienstleistungen für alle.